

Studien zur Demokratieforschung

Herausgegeben von Dirk Berg-Schlosser,
Hans-Joachim Giegel,
Leo Kißler und Theo Schiller.

Band 5

Richard Münch ist Professor für Soziologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. *Christian Lahusen*, Dr. phil., ist dort wissenschaftlicher Assistent.

Richard Münch, Christian Lahusen (Hg.)

Regulative Demokratie

Politik der Luftreinhaltung in Großbritannien,
Frankreich, Deutschland und den USA

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Demokratische Politik vor den ökologischen Herausforderungen

Christian Lahusen / Richard Münch

Für die nationale Umweltpolitik der meisten Industrieländer ist Luftreinhaltung eine zentrale Domäne. Entsprechende Gefahren und Schädigungen von Mensch und Natur, wie sie etwa durch den Londoner Smog von 1952 oder den sauren Regen seit den 80er Jahren auftraten, haben die Entstehung und Entwicklung dieses Politikfeldes maßgeblich beeinflusst. Dabei sind insbesondere industrielle Anlagen und der Straßenverkehr als zentrale Verursacher ausgemacht und einer Reihe von luftreinhaltepolitischen Maßnahmen unterworfen worden. Viele umweltpolitische Instrumente (bspw. Meß- und Genehmigungsverfahren, Verbote bestimmter Produkte und Zusatzstoffe, Umweltabgaben und Steuern) wurden im Bereich der Luftreinhaltung getestet und weiterentwickelt. Die durchaus gemischten Erfahrungen, die mit Umweltschutzmaßnahmen auch im Bereich der Luftreinhaltung gemacht wurden, ließen dabei mit den Jahren das Bewußtsein für die Komplexität der bio-chemischen Prozesse und der gesellschaftlichen Bedingungen und Ursachenzusammenhänge wachsen. Im Zuge der politischen Bewältigung von Umweltproblemen wie dem Sommersmog und Treibhauseffekt, dem sauren Regen und dem Waldsterben wurden daher auch einzelne, bis dahin favorisierte Maßnahmen (zumeist ordnungsrechtliche Ge- und Verbote) stetig durch ein Instrumentenmix ersetzt, das nicht zuletzt auch Maßnahmen und Vorschläge aus anderen Ländern einschloß. Zugleich nahm die öffentliche Auseinandersetzung um die Effektivität, Effizienz und Legitimität der Luftreinhaltepolitik zu, denn unabhängig von der Frage nach den erzielten Erfolgen wurden viele der in die Jahre gekommenen Instrumente danach abgeklopft, inwiefern sie noch das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag, zwischen Kosten und Nutzen wahren und ob sie gesellschaftlichen Bedürfnissen, Interessen und Kompetenzen sowie legitimen Entscheidungs- und Implementationsverfahren überhaupt (noch) entsprechen.

Die luftreinhaltepolitische Regulierung stationärer und mobiler Quellen stellt demnach einen interessanten Untersuchungsgegenstand dar. Diese Quellen stellen zwei der zentralen Verursacher von Luftverschmutzung (sachliche Ebene), gehören aber auch eigenständigen Regulierungsbereichen und Politikfeldern an (Verkehrs- und Wirtschaftspolitik u.a.), in die eine umweltpolitische Regulierung hineingreift bzw. mit denen Programme abgestimmt werden müssen (politische Ebene). Jeder dieser Regulierungsbereiche zeichnet sich schließlich durch jeweils unterschiedliche Adressaten und Ursachenzusammenhänge, eigene Ansatzpunkte und Hemmnisse aus (gesellschaftliche Ebene), die im Hinblick auf eine bereichsübergreifende Luftreinhaltepolitik koordiniert und integriert werden müssen.

1. Nationale Politikstile im Vergleich

Eine ländervergleichende Studie, wie die hier vorliegende, besitzt in diesem Zusammenhang einen besonderen Reiz, da sie der Frage nachzugehen erlaubt, wie verschiedene Länder auf diese vielfältigen, ineinander verwobenen Herausforderungen der Luftreinhaltung reagieren. Länder wie die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika haben im Bereich der Luftreinhaltung jeweils unterschiedliche Regulierungsformen hervorgebracht, die sich trotz offenkundiger Tendenzen zu einer internationalen Annäherung (Jänicke & Weidner, 1996) dennoch gegenüber gemeinsamen Problemen und Lernprozessen behaupten bzw. unter neuen Vorzeichen reproduzieren. Diese vier Länder wurden als Fallbeispiele für unseren Ländervergleich herangezogen, weil sie es uns ermöglichen haben, jeweils unterschiedliche Regulierungsstile und ihre Spezifika besonders prägnant herauszuarbeiten.¹ Dem Ländervergleich wurden dabei vier idealtypische Modelle zugrunde gelegt, die einige der in der Fachliteratur häufig anzutreffenden Beschreibungen nationaler Politikstile theoretisch aufgreifen und integrieren. Diesen Idealtypen zufolge wird in der Umweltpolitik entweder in Form eines technizistischen Synthese- oder Konsensmodells (BRD), eines pluralistischen Wettbewerbsmodells (USA), eines

¹ Die Wahl des empirischen Gegenstandes unserer Untersuchung (d.h. die Luftreinhaltepolitik der besagten vier Länder) ist an anderer Stelle ausführlich begründet worden. Siehe hierfür den Ersten und Zweiten Zwischenbericht an die DFG.

technokratischen Etatismusmodells (Frankreich) oder eines konsultationsgestützten Kompromißmodells (GB) verfahren. Diese Modelle dienen in der Untersuchung als heuristische Instrumente für die Bestimmung und Ausarbeitung spezifischer Politik- oder Regulierungsstile.

Die vorliegende Studie hat den Begriff des Steuerungsmodells und Politikstiles aufgenommen, um die Identität und Kontinuität der landesspezifischen Luftreinhaltung jenseits einzelner Problembereiche (Verkehr, stationäre Quellen) und Maßnahmen (Ordnungsrecht, Anreize, etc.) zu umreißen. Hierbei handelt es sich zweifelsohne um analytische Konzepte, durch die Spezifika der Länder herausgestellt, durch die sie womöglich auch karikiert werden können. Steuerungsmodelle, wie die hier zugrunde gelegten (Münch, 1992, 1996), sind ein heuristisches Instrument der empirischen Sozialforschung, da idealtypisch spezifische Charakteristika in eine theoretisch konsistente Modellstruktur zusammengeworfen werden, dabei zugleich auf die Trennschärfe zwischen den unterschiedlichen Modellen geachtet wird (Weber, 1980: 3-10). Insofern sind diese Modelle auch ein nützliches Instrument der komparativen Gesellschaftsanalyse, als sie Annahmen und »Meßblättern« für die Fallanalysen und Ländervergleiche bieten (Heidenreich, 1991).

Das Konzept des Politikstiles ist aber nicht nur kritisiert worden, weil es überzeichnet oder karikiert. Zudem ist angemahnt worden, daß die Generalisierbarkeit über die untersuchten »issues«, Politikfelder und Zeiträume hinweg nicht gesichert ist (einen Überblick geben Richardson, Gustafsson & Jordan, 1991). In der Tat neigt das Politikstilargument zumeist dazu, von einer issue- und politikfeldunabhängigen Politikform in den Ländern genauso auszugehen (Vogel, 1986) wie von einer Veränderungsresistenz bzw. latenten Strukturhaltung bei sozialem Wandel. Diese Prämisse ist nicht unproblematisch, in bezug auf den potentiellen Erkenntnisgewinn allerdings nicht unergiebig. Denn gerade in einem Forschungsumfeld, in dem »Globalisierung« und »Krise des Nationalstaates« zum Schlagwort, »internationale Konvergenz« und »gemeinsame Lern- und Wandlungsprozesse« zu einem wesentlichen Strukturargument avancieren, lohnt es sich, einmal genauer hinzuschauen und zu fragen, ob es sich bei dieser Konvergenz oder Wandlung nicht vielmehr um Oberflächenphänomene handelt und ob sich spezifische oder lokale Politikstile auch unter veränderten Rahmenbedingungen in ihren latenten Strukturen reproduzieren können. Für eine Untersuchung der »Mehrebenensysteme« der internationalen Politik ist diese Herangehensweise, auch wenn sie hier nicht im Zentrum des Interesses stand, sicherlich befruchtend.

Die Definition und Operationalisierung des Politikstilbegriffs stützt sich dabei auf übergreifende Strukturmerkmale und Entwicklungsdynamiken nationaler Politik. Für Richardson, Gustafsson & Jordan (1991: 2) sind Politikstile »different systems of decision-making, different procedures for making societal decisions. By policy style we perhaps, more clumsily, really mean policy-making and implementation style.« Bei der Untersuchung kommt es dann darauf an, »standard operating procedures«, »legitimizing norms for policy activity« u.ä. herauszuarbeiten, wodurch nicht nur eine Strukturanalyse im Vordergrund steht, sondern eine Untersuchung politischer Kulturen, die den Politikstilen ihre Konsistenz und Identität, ihre Orientierungspunkte und Leitbilder verleihen, und die sich dann womöglich bei Strukturveränderungen der »standard operating procedures« unter veränderten Vorzeichen erneut reproduzieren können.

Die vorliegende Studie nutzt eine ähnliche Forschungsstrategie. Ausgehend von den vier genannten heuristischen Steuerungsmodellen wurde bei der Operationalisierung auf vier zentrale Faktoren zurückgegriffen, die in der sozialwissenschaftlichen Forschung in unterschiedlichen Kontexten und mit verschiedener Intention genutzt werden, um Politiken zu beschreiben und zu erklären. Erstens sind die Netzwerke zwischen Staat, Interessenverbänden und Wissenschaft zu nennen, die sich zunächst auf strategische Erwägungen, interessengeleitete Tauschbeziehungen und Allianzen gründen und hier bewußt Politik in ihren Zielen, Inhalten und Verfahren zu beeinflussen suchen. Zweitens sind eine Reihe von Professionen (Techniker, Juristen, Mediziner, etc.) in die Formulierung und Umsetzung der Umweltpolitik eingebunden. In jedem Land etabliert sich ein eigenes »System professioneller Arbeitsteilung«, das die Formen und Möglichkeiten der nationalen Politik prägt. Drittens wird auf institutionelle Regeln und Normen hingewiesen, die als »Spielregeln« und/oder normative Leitlinien die Umweltpolitik prägen, etwa in dem sie die Politik u.a. besonders auf Hierarchie oder Kooperation, Sachverstand oder Partizipation verpflichten. Zuletzt spielt die politische Kultur eine Rolle, da sie sich in Form von Werten und Bedeutungssystemen auf die Wahrnehmung und Definition der Umweltprobleme, auf die Formulierung von Prioritäten und sinnvollen Maßnahmen sowie auf die Legitimierung politischen Handelns auswirkt.

In unserer Studie reihen sich diese Faktoren in eine fortschreitende Argumentationskette, die Policy- und Netzwerkanalyse in eine wissens- und kultursoziologische Gesellschaftsanalyse einmünden läßt, denn nur auf dieser Ebene kann die Frage nach den (latenten) Strukturen und Entwicklungs-

dynamiken der nationalen Politikstile über die Zeit hinweg plausibel beantwortet werden. Dabei konnte die vorliegende Studie, wie bereits angedeutet wurde, erfreulicherweise auf einen gut entwickelten Forschungsstand aufbauen. Vordringlich seien hier die Forschungsprojekte von Knoepfel & Weidner (1985) und Héritier (1994) genannt, die wichtige Grundlagen und Anregungen für eine ländervergleichende Untersuchung der Luftreinhaltepolitik erarbeitet haben, auch wenn dies nur im Bereich der Regulierung stationärer Quellen geschah. Insbesondere die erstgenannte Untersuchung hat unserer Studie den Weg geebnet, denn obschon ihre Fragestellung und ihre Zielsetzung etwas anders angelegt waren, so war sie doch von großer Bedeutung für die theoretische Konzeptionierung des Forschungsdesigns und enthielt unschätzbare Einblicke in die forschungspraktische Seite der komparativen Arbeit, deren Weitblick und Ehrlichkeit eine selten anzutreffende Tugend publizierter Forschungsberichte darstellen und uns vor einigen (aber nicht allen) Fehlentscheidungen und Problemen bewahrt haben. Hauptaugenmerk dieser umfassenden Studie war die Leistungsfähigkeit und Performanz regionaler Implementationssysteme und ein entsprechender internationaler und interregionaler Vergleich des Ertrags und Erfolgs von Luftreinhaltepolitiken. Unser Projekt richtete seine Aufmerksamkeit demgegenüber weniger auf die Untersuchung regionaler Implementationssysteme, sondern vielmehr auf die nationalen Regulierungsstile, was eine Verlagerung des Untersuchungsschwerpunktes darstellt, insofern als wir keine eigene Implementationsforschung betrieben, sondern, soweit dies notwendig war, uns auf die vorhandenen Ergebnisse stützten. Zugleich ging es uns weniger um eine (stets schwierige und aufwendige) Erklärung und Bewertung der Güte und Performanz von Politiken (der sogenannten »outcomes«), sondern um eine »davorgeschaltete« Aufarbeitung und Erklärung der länderspezifischen Regulierungsformen und Politikstile (der sogenannten »outputs«) als Teil einer vergleichenden Kultur- und Gesellschaftsanalyse.

Unsere Forschungsstudie ist damit nicht der Frage nachgegangen, wie erfolgreich einzelne Länder oder einzelne Maßnahmen bei der Reinhaltung der Luft waren (Jänicke & Weidner, 1995) oder welche gesellschaftlichen Erfolgsbedingungen für eine effektive Problembewältigung ausgemacht werden können (Jänicke, 1990).² Vielmehr ging es darum, die jeweils spezifi-

² Grundsätzlich ist anzumerken, daß der Erfolg einzelner Maßnahmen (und der direkte und indirekte Einfluß von Politik insgesamt) nur schwer gemessen und von anderen (u.a. klimatisch-geographischen, wirtschaftlichen, demographischen) Einflußgrößen isoliert

schen nationalen Politikstile herauszuarbeiten und in ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden grundlegend zu verstehen und zu erklären. Unsere Forschungsarbeiten wollten also klären, warum in den Ländern Umweltpolitik gerade in der beschriebenen Art (mit ihren Vor- und Nachteilen) gemacht wird -, und zwar im Hinblick auf ihre Fähigkeit, Konflikte zu verarbeiten, zu konsensuell getragener Gesellschaftsgestaltung zu gelangen, gesellschaftliche Probleme politisch aufzugreifen und unter Wahrung von sozialer Integration zu lösen, aus der Artikulation partikularer Interessen ein gemeinsam getragenes Zusammenleben, ein ›Gemeinwohl‹ hervorzubringen. Im einzelnen ging es darum, wie durch Netzwerke, Professionen, institutionelle Regeln und (politische) Kultur der Charakter von Regulierungsinstrumenten, der Charakter der Regulierung selbst und die Art der Implementation von Gesetzen geprägt wird und welche Stärken, Schwächen und Dilemmata der politischen Problemlösung als kollektiv verbindliche Entscheidung daraus resultieren. Zu diesem Zweck mußten wir tiefer in die Lebenswelten der politischen Praxis und in die ihr zugrunde liegende politische Philosophie eindringen, als dies bisher im Politikfeld der Luftreinhaltung geschehen ist. Wir sehen darin unseren spezifischen Beitrag zu diesem Forschungskontext. Unter diesem Blickwinkel können Fragen nach dem Innovationspotential und der Stoßrichtung politischen Wandels neu gestellt werden, denn die Möglichkeiten einer Entwicklung und/oder direkten Übertragung erfolgreicher Instrumente hängt von strukturellen Bedingungen der jeweiligen Politikmodelle ab, zu denen die ›Elemente‹ gehören. Ein Instrument wie Mediationsverfahren mag in einem Policykontext erfolgreich sein, in einem anderen aber nicht, weil die Einführung des Instrumentes an Widerständen scheitern kann, die Instrumente ›verwässert‹ werden, ihre innovativen Potentiale verlieren oder zum bloßen symbolischen Zierrat geraten können.³

betrachtet werden kann. Studien dieser Art arbeiten daher zumeist mit Indizien und Plausibilitätsargumenten oder verwenden, wie im vorliegenden Fall, Emissions- und Immissionsentwicklungen als eine bloße Referenzfolie für die eigenen Ausführungen und Bewertungen.

³ Die Untersuchung ›neuer‹ Regulierungsinstrumente wird diesen Punkt illustrieren helfen, da trotz der starken öffentlichen und sozialwissenschaftlichen Aufmerksamkeit, die diese Verfahren bspw. in der Bundesrepublik Deutschland erhielten, eine praktische Relevanz noch gar nicht abzusehen ist. Dies gilt nicht nur für Mediationsverfahren (Zilleßen & Barbian, 1992; Daele, 1991; Eder, 1993), sondern auch gerade für marktwirtschaftliche Instrumente, die im deutschen Falle als Kompensationsregelung angewendet werden könnten, dennoch kaum in Erscheinung getreten sind. Unser Forschungsprojekt

Gleichzeitig aber können spezifische Instrumente auch nicht-intendierte Effekte auf die Funktionsfähigkeit und Struktur heimischer Politik haben, indem sie durch ›rollende Innovationen‹ Politiken an der Logik und Dynamik eines anderen Politikstils entlang ausrichten. Eine Würdigung dieser praxisrelevanten Bedingungen und Effekte eines ›erfolgreichen‹ Wandels von Politik kann jedoch selbst nur Produkt einer systematischen, an Politiken orientierten Untersuchung sein, da die erklärenden Modelle auch gleichzeitig etwas über die Bedingungen der Möglichkeit von Erfolg aussagen.

Neben den genannten Untersuchungen war die Studie des Forschungsteams von Adrienne Héritier (1994) von großem Nutzen für unsere eigenen Arbeiten, auch wenn sie primär die Genese der europäischen Luftreinhaltungspolitik zu erklären suchte (auch Héritier, 1993, 1997). Im Hinblick auf das frühere Projekt von Knoepfel und Weidner schrieb diese Studie die ›Geschichte‹ fort. Zudem wandte sie sich auch der Frage nach den nationalen Regulierungsformen zu, insofern, als sie die Untersuchung eines ›regulativen Wettbewerbs‹ innerhalb der Europäischen Union in den Mittelpunkt des Projekts stellte und damit die Spezifika und Charakteristika der nationalen Regulierungsstile als ›Vorstufe‹ für den eigentlichen Untersuchungsgegenstand herauszufiltern bestrebt war. Schließlich liegt dieser Studie auch ein multidimensionales Erklärungsdesign zugrunde, denn Héritier betreibt eine Policy-Netzwerkanalyse, die Austauschbeziehungen, institutionelle Randbedingungen, Werte und Problemlösungsphilosophien wiederholt heranzieht, um blinde Flecken oder Verzerrungen der rationalen Akteursperspektive zu korrigieren.

Eine Reihe von eigenen Forschungsfragen und -problemen konnten durch dieses Projekt allerdings nicht gelöst werden. Unser Erkenntnisinteresse galt nicht so sehr der Dynamik europäischer Umweltpolitik und den Wechselwirkungen zwischen internationaler und nationaler Politik, sondern vielmehr der Herausarbeitung unterschiedlicher Politikmodelle, was eine Hinzunahme der USA und ein ausschließlich komparatives Forschungsdesign notwendig machte. Diese Zielsetzung hat es uns erlaubt, die Strukturmerkmale, Dynamiken und Folgeproblematiken der politischen Steuerung im allgemeinen, der verschiedenen Politikstile oder -modelle im besonderen eingehender und übergreifender (damit also nicht nur im Hinblick auf die europäische Politikbühne) zu untersuchen. Diese Fragestellung und Zielsetzung bedingte

behandelt diese Fragen gleichermaßen, da es bemüht ist, strukturelle Merkmale und Randbedingungen von Steuerungsrepertoires insgesamt herauszuarbeiten.

dabei einen eigenen Zuschnitt des konzeptionell-theoretischen Rahmens. Der genannte Bezugsrahmen gründet auf einer wissens- und kultursoziologischen Gesellschaftsanalyse, die unsere berücksichtigten Faktoren nicht nur verändert oder erweitert, sondern dem multidimensionalen Erklärungsdesign seine Geschlossenheit und Stringenz verleiht. Startpunkt ist damit die Frage, wie Gesellschaften Interessen, Normen und Regeln, Wissen und Expertise, symbolische Deutungen und Werte strukturieren und organisieren (Explanans), politisch vermitteln und dadurch die Regulierungspraxis (Explanandum) leiten. Vorteil ist dabei, daß die Identität nationaler Regulierungskulturen prägnant herausgearbeitet, wie auch die Kontinuität *latenter* Politikstile über sichtbare (und womöglich oberflächliche) Veränderungen erkannt werden kann. In der Interpretation und Bewertung der Ergebnisse zeigen sich damit Unterschiede zu den anderen Forschungsprojekten, zumal in unserem Rahmen ein dialektisches Verhältnis zwischen Wandel und Kontinuität postuliert wird.

Was den Gegenstand dieser Untersuchung betrifft, so muß betont werden, daß aus forschungspraktischen Gründen sowohl auf eine Behandlung atmosphärischer Luftverschmutzung im Zusammenhang mit Klimaveränderungen als auch auf die Berücksichtigung der Schadstoffbelastungen in Innenräumen verzichtet wurde (KRdL, 1994).⁴ Wenn also im folgenden von Luftverschmutzung die Rede sein wird, so sind damit troposphärische Schadstoffbelastungen gemeint, insbesondere aber Phänomene, die im Zusammenhang mit Smog oder bodennahem Ozon, saurem Regen und toxischen Substanzen diskutiert und reguliert werden.

⁴ Eine Untersuchung von Luftreinhaltepolitik ignoriert demnach auch die anderen Umweltmedien Boden und Wasser, obschon diese mit dem Problem der Luftreinhaltepolitik in einer engen Wechselbeziehung stehen. In der Tat ist das Prinzip der 'Integrated Pollution Control' als zukunftsweisendes Leitbild formuliert und - zumindestens verbal - in die nationale Umweltpolitik eingeführt worden. In dieser Untersuchung kann dieses Prinzip nur insofern berücksichtigt werden, als es nationale Umweltpolitiken im allgemeinen und die Regulierung der Luftverschmutzung im besonderen substantiell verändert hat. Dies ist aber nur zu einem geringen Maße der Fall. In Großbritannien, wo dieses Prinzip programmatisch aufgegriffen wurde, ist es von Interesse darauf hinzuweisen, daß die Luftreinhaltepraxis schon traditionell die lokalen Gegebenheiten und Ursachenzusammenhänge berücksichtigt hat und damit in ihrer Logik dem Konzept einer integrierten Betrachtung eher zugeneigt war. D.h. eine Konzentration auf die Luftreinhaltepolitik wird uns keineswegs daran hindern, die Sicht auf die zugrunde liegenden nationalen Regulierungsstile konsequent zu öffnen.

2. Politik im gesellschaftlichen Kontext

Politik findet in einem gesellschaftlichen Kontext statt, der erheblich mehr beinhaltet als nur die Mobilisierung und Anwendung von Macht. Eine umfassende Interpretation und Erklärung dessen, was in einem bestimmten Bereich der politischen Praxis vor sich geht, muß über die innere Struktur und Dynamik dieses Prozesses hinausgehen und ihn in den Gesamtzusammenhang von Gesellschaft und Kultur stellen. Dies erfordert einen Blick auf die Akteursnetzwerke, die an der Politik beteiligt sind, auf die institutionellen Regeln dieses Prozesses, die Rolle der Fachleute und die entsprechenden kulturellen Traditionen als Hintergrund insgesamt, nicht nur innerhalb eines spezifischen Politikprozesses, sondern auch in seiner Verbindung zur breiteren Gesellschaft. In diesem Sinne ist eine Politikanalyse auch eine Gesellschaftsanalyse und erfordert daher nicht nur die Politikwissenschaft, sondern auch die Soziologie. Wir betreiben hier eine Politikanalyse vom soziologischen Standpunkt aus. Diese Absicht verlangt insbesondere eine interpretative Soziologie, die von grundlegenden Konzepten und Annahmen ausgeht, die aber auch auf die fortlaufende Qualifizierung, Spezifizierung, Konkretisierung und Überarbeitung des vorläufigen Rahmens im Forschungsprozeß ausgerichtet ist, um so zu einer gesättigten Interpretation und Erklärung der entsprechenden Realität zu gelangen. Dabei greifen wir auf das Modell der Entdeckung begründeter Theorie von Glaser und Strauss (1967) zurück und spezifizieren es nach unseren Vorgaben. Wir beginnen mit einer Vorstellung von der politischen Gestaltung im allgemeinen, spezifizieren Typen der Regulierung analytisch, beginnen die Interpretation und Erklärung der Politikgestaltung in einem bestimmten Land mit einem analytischen Typus, fahren dann aber fort mit einer näheren Beschreibung des Politikprozesses in diesem Land und kommen schließlich zu einer Konkretisierung des analytischen Typus für das jeweilige Land. Dies führt zu einer empirischen Fallstudie mit einmaliger Struktur und Dynamik. In dieser empirischen Fallstudie interpretieren und erklären wir bestimmte Eigenschaften der Politikgestaltung - besonders Probleme der Konfliktbeilegung - anhand des politischen Stils, der durch den spezifischen Charakter der Akteursnetzwerke, institutionelle Regeln, involvierte Professionen und Vorstellungen von Legitimation gebildet wird. Dabei zielen wir auf eine Soziologie der Demokratie hin, so wie sie in der politischen Regulierung der Gesellschaft am Beispiel der Luftreinhaltepolitik arbeitet.

Vom politikwissenschaftlichen Standpunkt her wird die Politikgestaltung

im Hinblick auf das Regieren untersucht. Wir fragen, ob und wie die Regierungsstruktur die politische Regulierung der Gesellschaft auf demokratisch legitimierte Weise unter den strukturellen Bedingungen der Gesellschaft und der Wirtschaft in einer bestimmten historischen Epoche ermöglicht. Politische Regulierung ist eine Sache der Erzeugung und Anwendung von Regierungsmacht auf effektive und demokratisch legitimierte Art und Weise. Es wird also beispielsweise untersucht, ob die Regierung in der Lage ist, Umweltverschmutzung effektiv und demokratisch legitimiert zu reduzieren, welche Probleme der effektiven und demokratisch legitimierten Programmformulierung, -implementierung und -durchsetzung auftreten. Vom soziologischen Standpunkt her gehen wir denselben Prozeß als Problem der umfassenderen gesellschaftlichen Konfliktbeilegung im Bereich der Interpenetration zwischen Staat und Gesellschaft an und konzentrieren uns dabei auf die Frage, wie Konflikte artikuliert und beigelegt werden können, auf welche Weise neue Werte, politische Ziele und Interessen in die Arena der Konfliktbeilegung eingeschlossen werden, das heißt, wie gesellschaftliche Erneuerung stattfinden kann, wie neue soziale Bewegungen aufgenommen werden können und wie neuer Konsens entstehen kann. Politikgestaltung wird nicht als Problem des Regierens und der effektiven, demokratisch legitimierten politischen Regulierung der Gesellschaft interpretiert, sondern als Problem des sozialen Wandels und der sozialen Integration im Sinne der Fähigkeit der Gesellschaft zur Konfliktbeilegung im Einklang mit der gesellschaftlichen Erneuerung, der Inklusion neuer sozialer Bewegungen und der Konsensbildung (Jänicke / Weidner 1997a).

Unser Analysemodell versucht folgendes herauszuarbeiten: das Akteursnetzwerk, die Professionen, die Situationen definieren und Problemlösungen erarbeiten, die institutionellen Regeln des Politikprozesses und die kulturellen Vorstellungen zur Legitimierung von Entscheidungen, die gegenseitig voneinander abhängig sind und den Rahmen und den Stil der politischen Regulierung prägen. Dieser Rahmen und der Stil führen zu spezifischen Fähigkeiten der politischen Regulierung in bezug auf (1) gesellschaftliche Erneuerung, (2) Konfliktbeilegung, (3) Inklusion und (4) Konsensbildung, die ebenfalls gegenseitig voneinander abhängig sind. Die verschiedenen Elemente, die den Rahmen und den Stil der politischen Regulierung bilden, stehen nicht in einfachem und einseitigem kausalem Bezug zueinander, sondern in einem Bezug der gegenseitigen Formung und Gestaltung. Daher *öffnet* bzw. *schließt* das Akteursnetzwerk den Zugang der Professionen zur politischen Regulierung, es *öffnet* und *schließt* den Zugang zur Etablierung

und Anwendung institutioneller Regeln und zur Definition der Legitimität von Entscheidungen. Die Professionen *bestimmen*, wer kompetent ist und wer ins Netzwerk zugelassen wird, welche institutionellen Regeln angemessen sind und wie die Legitimität konstruiert wird. Die institutionellen Regeln *lenken* auf bindende Art und Weise die Akzeptanz der Akteure im Netzwerk, die Entscheidung und den Bezug zwischen Entscheidungen und legitimierenden Ideen. Die kulturellen Ideen *legitimieren* die Akzeptanz der Akteure im Netzwerk, die Zuteilung von Kompetenz und die institutionellen Regeln. Das gleiche gegenseitig bildende und formende Verhältnis gilt auch für die Folgen von Rahmen und Stil der politischen Regulierung. Gesellschaftliche Erneuerung *öffnet* den Handlungsspielraum, organisiert die Konfliktbeilegung, Inklusion und Konsensbildung neu. Konfliktbeilegung mittels Macht *bestimmt* Innovationen, Inklusion und Konsensbildung. Inklusion *lenkt* auf bindende Art und Weise Innovationen, die Ausübung fachlicher Kompetenz und die Legitimierung von Entscheidungen. Konsensbildung *definiert* das Akteursnetzwerk, die fachliche Kompetenz und die Inklusion *neu*. Es gibt ein primäres und ein sekundäres Verhältnis der Elemente des Rahmens und Stils der Politikgestaltung zu den Elementen, die Fähigkeiten der politischen Regulierung bilden. Das primäre Verhältnis der Netzwerkstruktur spricht das Innovationspotential an: Je offener das Netzwerk, desto mehr Chancen gibt es für Innovationen. Im sekundären Bereich bestimmt das Netzwerk mehr oder weniger offen Konfliktbeilegung, institutionelle Regeln und die Legitimierung von Ideen. Die primäre Auswirkung professioneller Arbeit ist die mehr oder weniger effektive Konfliktbeilegung, ihr sekundärer Effekt ist mehr oder weniger effektive Innovation, Regelfestsetzung sowie Anwendung und Definition von Legitimität. Der primäre Effekt der institutionellen Regeln ist die *bindende Lenkung* von Inklusion, ihre sekundäre Auswirkung ist die bindende Lenkung des Zugangs zu Netzwerken, Konfliktbeilegung und Legitimierung. Der primäre Effekt der kulturellen Ideen der Legitimierung ist die *Legitimierung* eines Konsensus, ihre sekundäre Auswirkung ist die Legitimierung von Innovationen, Konfliktbeilegung und Inklusion. Außerdem gibt es keine, in eine Richtung gehende Kausalität von den konstitutiven Elementen des Regulierungsrahmens und -stils zu Innovationen, Konfliktbeilegung, Inklusion und Konsensbildung, weil letztere Auswirkungen auf erstere haben. Sie richten Netzwerke, Professionen, institutionelle Regeln und kulturelle Ideen der Legitimierung neu ein (Anhang: Diagramm 1).

Die politische Gestaltung bzw. Steuerung der Gesellschaft läßt sich weder

im Sinne einer einseitigen Befehlshierarchie noch im Sinne eines bloßen Impulsesetzens, deren Wirkungen völlig außerhalb der politischen Kontrolle liegen, begreifen. Für beide Sichtweisen stellt sich der eigentliche politische Prozeß als eine nicht näher beobachtbare *black box* dar. Welche Politik mit welchen Ressourcen und welchen Wirkungen gemacht wird, entscheidet sich aber gerade innerhalb dieser *black box* des hierarchischen und auch des systemtheoretischen Ansatzes der politischen Theorie (Luhmann 1989; Scharpf 1989; Windhoff-Héritier 1987). Zur kollektiv verbindlichen Entscheidung über Programme der Gesellschaftsgestaltung und -steuerung wird zunächst einmal politische Macht benötigt. Politische Macht steht jedoch auf schwachen Beinen, wenn sie allein auf dem Monopol über die Gewaltmittel beruht. Nur soweit ein Konsens über den legitimen Zugang zu diesem Gewaltmonopol, über legitime Entscheidungsgewalt und die legitime Anwendung von Gewalt besteht, ist Politik ein friedlicher Prozeß, der zu legitimen, kollektiv verbindlichen Entscheidungen führt. Gewalt bleibt dann eine Sache der letzten Sanktion gegen Widerstand im Einzelfall. Nur soweit die Bürger gemeinsam Vorstellungen darüber teilen, welchen Werten der politische Entscheidungsprozeß verpflichtet sein sollte und in welchen institutionellen Regeln des politischen Prozesses diese Werte verwirklicht sein sollen, bewegt sich Politik in solchen friedlichen Bahnen. Politik ist dann eingebettet in das Gefüge institutioneller Regeln und den Horizont der politischen Kultur. Wenn wir ein Verständnis des politischen Prozesses, speziell: des policy-making, gewinnen wollen, dann müssen wir genau dieses Gefüge institutioneller Regeln und den Horizont der politischen Kultur erschließen. In ihnen drückt sich aus, wie Politik legitimerweise gemacht wird. Soweit es sich dabei um demokratische Politik handelt, kommen in der politischen Kultur und in den institutionellen Regeln gemeinsame Vorstellungen gelebter Demokratie zum Ausdruck.

Politik ist aber auch ein dynamischer Prozeß, in dem Ressourcen im Rahmen von politischen Institutionen und politischer Kultur mobilisiert und in kollektiv bindende Entscheidungen umgesetzt werden (Jänicke / Weidner 1976b). Zur Durchsetzung von kollektiv verbindlichen Entscheidungen bedarf es der Mobilisierung von politischer Macht. In Demokratien müssen zu diesem Zweck Mehrheiten gewonnen werden. Politische Macht besteht im Zugang zum Monopol der legitimen Gewaltanwendung. Die kleinste Einheit politischer Macht ist in Demokratien die Wählerstimme. Bei Parlamentswahlen überträgt der Wähler seine Stimme auf Abgeordnete, die wiederum mit ihrer Stimme Gesetze verabschieden. Diese Gesetze werden ihrerseits

notfalls mittels legitimer Polizeigewalt - gegebenenfalls nach gerichtlicher Prüfung - durchgesetzt. Wenn politische Entscheidungen nicht allein mit Hilfe von Macht im Sinne von Durchsetzungsfähigkeit gegen Widerstand - letzten Endes mittels Gewalt - verwirklicht, sondern auch auf die Kooperation der Bürger bei ihrer Implementation gestützt werden sollen, dann muß dafür eine besondere Ressource mobilisiert werden. Wir können diese Ressource als Einfluß bezeichnen. Es handelt sich dabei um die Fähigkeit, andere Personen zur Unterstützung und Kooperation bei der Verwirklichung eines politischen Programms zu bewegen. Einfluß beruht anders als politische Macht nicht auf der Verfügung über einen Zugang zum staatlichen Gewaltmonopol, sondern auf Solidarität, Achtung, Respekt, Reputation, Gefolgschaft oder Anerkennung eines Führungsanspruchs.

Politische Entscheidungen können aber auch sachlich mehr oder weniger richtig sein und dementsprechend auf mehr oder weniger sachliche Zustimmung stoßen. Um diese Zustimmung zu sichern, muß bei der Ausarbeitung von Gesetzesprogrammen der dazu nötige Sachverstand mobilisiert werden. Experten versehen in ihren Gutachten eine Gesetzesausarbeitung im besten Fall mit dem Siegel der Wahrheit, im schlechtesten Fall mit dem Siegel der Unwahrheit. Nur soweit unzweifelhaft Wahrheit für ein Programm in Anspruch genommen werden kann, erhält es auch die nötige sachliche Zustimmung. Was unter Wahrheit zu verstehen ist und wie sie nachgewiesen werden kann, ist von Kultur zu Kultur verschieden. Das kulturspezifische Verständnis von Wahrheit und die entsprechende gemeinsam geteilte Bindung an den Wert der Wahrheit entscheiden darüber, ob ein politisches Programm genügend sachliche Zustimmung erfährt. Über die sachliche Richtigkeit hinaus können politische Entscheidungen nur Legitimität gewinnen, wenn sie sich als vereinbar mit den in der Kultur verankerten Grundwerten und Grundnormen (Grundrechte) erweisen und einen Beitrag zu ihrer Verwirklichung leisten. Das heißt, daß politische Entscheidungen durch allgemeine Wertbindungen getragen werden müssen, um als legitim gelten zu können.

Schließlich kosten politische Programme in der Regel Geld. Entweder implizieren sie - wie bei Sozial- oder Bildungsprogrammen - unmittelbar Geldausgaben oder sie verursachen mittelbar Kosten, wenn z.B. für die Kontrolle von Umweltstandards Behörden unterhalten werden müssen. Auch Geldmittel fallen dem Staat nicht von alleine in den Schoß, sie müssen vielmehr durch Steuereinnahmen aus dem Wirtschaftskreislauf abgeschöpft werden. In welchem Umfang die Steuerquellen sprudeln, hängt von der

Prosperität der Wirtschaft ab. Um diese Prosperität zu sichern, müssen Regierungen sowohl günstige Rahmenbedingungen als auch durch ihre Wirtschaftspolitik Anreize für Investitionen setzen.

Zu systematischen Zwecken können wir die soweit dargelegte Verflechtung von Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kultur in einem sozialen Handlungsraum verorten. Dieser Handlungsraum kann durch die Kombination von zwei Grundbestandteilen des Handelns gebildet werden: die Komplexität der Symbolwelt, an der sich das Handeln orientiert, und die Kontingenz des Handelns, d.h. die Zahl unterschiedlicher Handlungsmöglichkeiten (Münch: (1982) 1988: 81-96). Im sozialen Handlungsraum werden durch politische Entscheidungen die Handlungsmöglichkeiten faktisch beschränkt, obwohl sie symbolisch präsent bleiben. Durch die ökonomische Ressourcenmobilisierung werden die Vorstellungs- und die Handlungsmöglichkeiten zugleich gesteigert. In der Zivilgesellschaft werden durch traditional gewachsene Normen die Vorstellungs- und Handlungsmöglichkeiten gleichzeitig eingeschränkt. In der kulturellen Reflexion wird die Symbolwelt mittels Abstraktion auf eine begrenzte Zahl grundlegender Werte reduziert, die aber ein großes Spektrum möglicher Handlungsalternativen offenlassen. Politik ist der Ort der Machtausübung, Ökonomie der Ort der Geldschöpfung, Zivilgesellschaft der Ort der Einflußgenerierung, Kultur der Ort der Mobilisierung von Wertbindungen, wie z.B. die Bindung an den Wert der Wahrheit. Politik, Ökonomie, Zivilgesellschaft und Kultur sind nicht als Funktionssysteme zu begreifen, sondern als Handlungsfelder, die eine eigene Rationalität besitzen: kollektiv bindende Entscheidungsfindung und -durchführung für die Politik, Ressourcenmobilisierung für die Ökonomie, Solidarität für die Zivilgesellschaft und (Selbst-)Verständigung für die Kultur. Die handlungsleitende Konkretisierung dieser Rationalitäten geschieht durch die Herausbildung von Institutionen der Politik, Ökonomie, Zivilgesellschaft und Kultur.

Durch die Institutionen werden die jeweiligen Rationalitäten auf Leitideen bezogen. In den modernen Gesellschaften ist die konsenterte Zukunftsgestaltung zwecks Verwirklichung einer gerechten Sozialordnung und eines guten Lebens zur Leitidee der Politik geworden, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zur Leitidee der Ökonomie, die Wohlfahrt der ganzen Bevölkerung zur Leitidee der Zivilgesellschaft, der Fortschritt des Wissens zur Leitidee der Kultur. Die Institutionen des demokratischen und sozialen Rechtsstaats, der sozialen Marktwirtschaft, der Wohlfahrtsgesellschaft sowie der Bildung, Wissenschaft und Kunst dienen der Verwirklichung dieser

Leitideen. Wenn wir sagen, die Politik müsse Ressourcen in Form von Macht, Geld, Einfluß und Wertbindungen (Wahrheit) mobilisieren, um die Gesellschaft gestalten zu können, dann gehört dazu auch, daß die entsprechenden Ressourcen nur dort und nur nach den jeweiligen institutionellen Regeln gewonnen werden können, wo sie beheimatet sind: politische Macht im institutionellen Komplex der Politik selbst, Geld in der Wirtschaft, Einfluß in der Zivilgesellschaft und Wertbindungen (Wahrheit) in der Kultur (Wissenschaft). Soweit sollte deutlich geworden sein, daß wir einem prononciert handlungstheoretischen und keinem systemtheoretischen Ansatz folgen (Anhang: Diagramm 2).

3. Idealtypen und ›dichte Beschreibung‹

Unsere Länderstudien zur Politik der Luftreinhaltung in bezug auf stationäre und mobile Quellen in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den USA arbeiten die dargestellten Strukturkomponenten des Policy-Prozesses heraus: die Netzwerke, die involvierten Professionen, die institutionellen Regeln und die politische Kultur. Wir haben die genannten Länder ausgewählt, weil sie auf je eigene Weise den wohl nachhaltigsten Einfluß auf die Entwicklung der modernen westlichen Kultur ausgeübt und dabei auch je eigene Ideen von Staat und Demokratie, Erkenntnis, Technik und Wahrheit hervorgebracht haben. In bezug auf diese Länder können wir außerdem an eine schon durchgeführte vergleichende Studie zur Kultur der Moderne sowie an eine erste Konstruktion von Modellen der Risikopolitik anschließen (Münch 1986/1993a; 1996). Die vier Länder eignen sich in besonderer Weise zur Ausarbeitung von Idealtypen der Politik, deren Ausgangspunkt in der analytischen Differenzierung von Kompromiß, Konflikt, Wettbewerb und Konsens als vier unabhängig definierbaren und nicht weiter reduzierbaren Formen der Handlungskoordination in Netzwerken liegt. Sie ergänzen sich wechselseitig und ergeben zusammen ein vollständiges Ganzes. Dabei wird nicht behauptet, daß die historisch konkrete Politik in einem bestimmten Land voll und ganz durch einen Idealtypus erfaßt wird, vielmehr meinen wir, daß ein bestimmtes Land jeweils eine *größere Nähe* zu einem spezifischen Idealtypus aufweist als die anderen Ländern und sich deshalb besonders als Untersuchungsfeld zwecks Ermittlung des spezifischen Wirkungszusammenhangs eines Idealtypus anbietet. Wir nehmen an, daß bei

Durchführung einer Clusteranalyse Großbritannien vor Margaret Thatcher am weitesten in das Feld des Kompromisses hineinreichen würde, Frankreich am weitesten in das Feld des Konfliktes, Deutschland am weitesten in das Feld der Synthese und die USA am weitesten in das Feld des Wettbewerbs. Es darf weiter vermutet werden, daß eine Clusteranalyse im Jahre 1960 die Unterschiede deutlicher ausgeprägt hätte als im Jahre 1995. Die Länder sind in der Zwischenzeit näher zusammengedrückt, und zwar durch die Bewegung in Richtung des Wettbewerbsmodells, am weitestgehenden Großbritannien nach der Thatcher-Revolution (Diagramme 4, 5). Aber auch Frankreich und Deutschland haben sich ein Stück weit in diese Richtung bewegt und zwar aufgrund der wachsenden Zahl politischer Akteure und politischer Bühnen, die sich aufgrund innerer Dezentralisierung und äußerer Verflechtung auf europäischer Ebene herausbilden. Weil sich die Länder jedoch aus ihrer je spezifischen Tradition heraus auf die neuen Tatsachen einstellen müssen, ergeben sich wieder neue länderspezifische Probleme und Dilemmata. Für ein zureichendes Verständnis dieses Vorgangs war es deshalb unabdingbar, den innereuropäischen Vergleich der Entwicklung in den europäischen Ländern mit dem außereuropäischen Vergleich zur Entwicklung in den USA zu verbinden. Ohne Einbeziehung der USA fehlt dem innereuropäischen Vergleich die exemplarische Herausarbeitung der Strukturen, Prozesse und Probleme einer durch Interessenpluralismus, vielschichtige Ebenen und vielfältige Bühnen sowie harten und offenen Wettbewerb unter weitgehender Einbeziehung der Öffentlichkeit bestimmten Politik. Hier bietet sich uns eine Politik dar, deren Eigenstrukturen und Dynamiken von zukunftsweisender Bedeutung für die Politik im europäischen Mehrebenensystem sind. Leider versäumen die innereuropäischen Vergleiche oft diesen Blick über den Atlantik, wodurch die Analysen an Schärfe verlieren und in ihrer Aussagekraft beschränkt werden.

Die in die Untersuchung einbezogenen Länder nehmen ihre Position der Neigung zu einem Idealtypus nicht aufgrund einer isolierten Betrachtung des Einzelfalles, sondern aufgrund des Vergleichs zu den anderen Ländern ein. So ist Großbritannien in der Zeit vor Margaret Thatcher für uns insbesondere ein Untersuchungsfeld für den Idealtypus des Kompromisses. Eine Einbeziehung von Ländern, die als Beispiele für eine ›consociational democracy‹ gelten, so z.B. die Niederlande, die Schweiz und Österreich, würde diese Länder dem Idealtypus des Kompromisses am nächsten rücken. Großbritannien müßte dann aufgrund seiner Machtkonzentration bei der mit einer sicheren Parlamentsmehrheit arbeitenden Regierung und aufgrund seiner im

Vergleich zu neokorporatistischen Arrangements mehr zur offenen Konfliktaustragung neigenden industriellen Beziehungen von dieser Ländergruppe ein Stück weit in die Richtung der Idealtypen des Machtkampfs und des Wettbewerbs wegverlagert werden (Lehmbruch 1967; Lijphart 1968; Lehmbruch und Schmitter 1982) (Anhang: Diagramm 3).

Unsere Länderstudien wurden mit Hilfe von Sekundäranalyse schon vorhandener Studien, Zeitungsanalyse, Dokumentenanalyse und Interviews maßgeblicher Akteure des Policy-Prozesses durchgeführt (ca. 40 Interviews pro Land).

Die Ergebnisse der einzelnen Fallstudien werden einer vergleichenden Betrachtung unterzogen. Abschließend werden die Ergebnisse der einzelnen Fallstudien und ihres Vergleichs vor dem Hintergrund exemplarischer Texte der politischen Philosophie interpretiert, die für das Verständnis von Demokratie, Staat, Regierung und Politik sowie Erkenntnis, Technik und Wahrheit in den einzelnen Ländern historisch richtungsweisend geworden sind.

Es soll ein so tief wie möglich greifendes Verständnis der besonderen Eigenart und der spezifischen Probleme und Dilemmata der politischen Gesellschaftsgestaltung in den einzelnen Ländern gewonnen werden. Dabei soll die Analyse auf die Frage hinarbeiten, wie weit und in welcher Form Konflikte verarbeitet werden können und politische Gesellschaftsgestaltung unter Bewahrung von sozialer Integration möglich ist, also eine konsensuell getragene politische Gestaltung der Zukunft gelingt. Die Schlußbetrachtung soll diese Frage auf die Herausforderungen der Gegenwart beziehen, die mit den Stichworten ›Pluralisierung der Interessenstruktur‹, ›Individualisierung der Lebensverhältnisse‹, ›Medialisierung der Politik‹, ›Verwissenschaftlichung der Problemstellungen‹, ›Europäisierung‹ und ›Globalisierung‹ umschrieben werden können. Am Ende soll unsere vergleichende Studie zur Luftreinhaltepolitik nicht nur dieses Politikfeld beschreiben, sondern unser Verständnis der jeweiligen politischen Systeme so weit vertieft haben, daß wir daraus Schlüsse auf die Probleme und Dilemmata ziehen können, die sich ihnen unter ihren je spezifischen strukturellen, institutionellen und kulturellen Bedingungen bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen vermutlich stellen werden.

Die Analyse vergangener Politik und ihrer Einbettung in ein historisch gewachsenes Gefüge von Netzwerken, institutionellen Regeln, politischen und professionell-wissenschaftlichen Kulturen soll kein Selbstzweck sein, sondern helfen, den Weg in die Zukunft mit einem besseren Wissen über die dabei zu bewältigenden je spezifischen Probleme und Dilemmata zu gehen.

Dabei dient die Untersuchung des Policy-Prozesses der Luftreinhaltung der Herausarbeitung von Idealtypen der Politik, die in den jeweiligen Ländern besonders ausgeprägt vorzufinden sind (Weber 1973: 190-212). Es wird das im Vergleich besonders Ausgeprägte in den Vordergrund gestellt, das weniger Ausgeprägte im Hintergrund belassen, um die Wirkungsweise des besonders Ausgeprägten so scharf wie möglich erfassen zu können. Es geht nicht um historisch-detaillierte Beschreibungen ›wie es gewesen ist‹, sondern um soziologische Analyse, die spezifische Probleme und Dilemmata der Politik anhand der Idealtypen herausarbeiten soll.

Die Idealtypen sagen nicht alles aus, was in einem Land passiert, zugleich sind ihre Wirkungszusammenhänge von länderübergreifender, letztlich in bezug auf den Modernisierungsprozeß von universeller Bedeutung. Das heißt z.B., daß die Probleme und Dilemmata einer Wettbewerbsdemokratie, die wir besonders prägnant in den USA beobachten können, natürlich auch für andere Länder bedeutsam sind, soweit sie eben auch Elemente dieses Idealtypus verwirklicht haben bzw. in Zukunft mehr als bisher verwirklichen werden, wofür es hinreichend Indizien gibt. Dasselbe gilt aber auch für die anderen Idealtypen. Der spezifische Wirkungszusammenhang der ›Herrschaft kraft Wissen‹, den wir idealtypisch in Deutschland erfaßt haben - die Kluft zwischen Sachdiskurs und emotionalisierter Öffentlichkeit -, macht sich aufgrund der überall wachsenden Verwissenschaftlichung der Politik auch in den anderen Ländern bemerkbar. Nicht anders ist es mit der selektiven Konzertierung zwischen administrativer Elite und Großindustrie in Frankreich. Sie drängt die nicht einbezogenen Interessen auf die Straße. Auch das läßt sich natürlich in anderen Ländern beobachten. Und die Lähmung der Politik durch die Fesseln einer starken Zivilgesellschaft, die wir im Großbritannien vor Margaret Thatcher vor Augen geführt bekommen, ist keineswegs irrelevant für die anderen Länder, weil dort eben solche Elemente ebenfalls festzustellen sind. Thatchers Befreiungsschlag zeigt die Bedeutung des rigorosen Gebrauchs von Mehrheitsmacht, die notwendig ist, um solche Verkrustungen aufzulösen, zugleich aber auch die Kosten des verlorenen Konsensus.

Im Vergleich zur historischen Beschreibung der ganzen Vielfalt eines Landes bieten uns Idealtypen ein schärferes und tieferes Verständnis spezifischer generalisierbarer Wirkungszusammenhänge der Politik. Mit Hilfe der Idealtypen können wir erklären, warum spezifische Probleme und Dilemmata der Politik in einem Land besonders, andere Probleme und Dilemmata weniger ausgeprägt sind. Wir können aber auch den anhand einer Fallstudie

zu einem Land erarbeiteten Idealtypus insoweit auf andere Länder übertragen, als er uns aufzeigt, welche Probleme und Dilemmata in den im Vergleich weniger auffälligen, sich gegebenenfalls aber noch entwickelnden Seiten der Politik stecken. Diese idealtypische Vorgehensweise macht den grundsätzlichen Unterschied einer soziologischen im Vergleich zur historischen Untersuchung aus. Beide Vorgehensweisen sind legitim und ergänzen sich gegenseitig.

Wir wollen das komplementäre Gegenstück zur Herausarbeitung von Idealtypen gar nicht außer acht lassen. Vielmehr sollen dichte Beschreibung im Sinne von Clifford Geertz (1973) und Idealtypenbildung im Sinne von Max Weber (1973: 190-212) in einem für beide Seiten produktiven Spannungsverhältnis gehalten werden. Die empirischen Fallstudien sollen eine dichte Beschreibung des Policy-Prozesses am Beispiel der Luftreinhaltung geben und zugleich mit dem entsprechenden Idealtypus in Verbindung bringen, so daß wir eine empirisch gehaltvolle Beschreibung unseres individuellen Untersuchungsgegenstandes bei gleichzeitiger Zuspitzung auf spezifische idealtypisch konstruierte Zusammenhänge von universeller Bedeutung erhalten. Die dichte Beschreibung der Fallstudien wird über die hier enthaltenen Texte hinaus zusätzlich in eigenständigen Publikationen zur Luftreinhaltungspolitik der einzelnen Länder geleistet. Unsere vergleichenden Betrachtungen stützen sich auf diese längeren und dichtereren Fassungen, die den Rahmen der hier vorgelegten Studie sprengen würden. Die Fallstudien sollen die besondere Ausprägung des Idealtypus im jeweiligen Land herausarbeiten und dabei die spezifische Kombination von Elementen aller Idealtypen und den jeweiligen Charakter der Elemente zum Ausdruck bringen. Unsere vom Idealtypus des Kompromisses ausgehende Fallstudie zu Großbritannien stellt sich deshalb anders dar als eine Fallstudie über die Niederlande, die Schweiz oder Österreich. Sie enthält mehr pluralistische und konfliktäre Elemente, die von der Thatcher-Revolution noch verstärkt worden sind. In ähnlicher Weise finden sich in Frankreich neben Hierarchie und Machtkampf Elemente der Kooperation des Staates mit privilegierten Verbänden, der neuen Öffnung des Machtnetzwerkes durch Dezentralisierung und Öffentlichkeitsbeteiligung und der Synthesebildung durch die administrativ-technische Elite. In Deutschland wird die Synthesebildung durch allgemeine und hochintegrierte Gesetze ergänzt durch die neokorporatistische Zusammenarbeit von Staat und Großverbänden, durch die Konzentration der Gesetzgebungskompetenz auf die Regierung und durch die neue Öffnung des Machtnetzwerkes für Umweltgruppen. In den USA sehen wir den plura-

listischen Wettbewerb begrenzt durch das Machtkartell des ›iron triangle‹ von Regulierungsbehörde, Kongreßunterausschuß und regulierter Industrie, durch ›regulatory negotiation‹ zwischen den Konfliktparteien und durch die wissenschaftliche Evidenz der Experten. Dadurch dringen Elemente des Machtkampfes, des Kompromisses und der Synthese in das Wettbewerbsmodell ein. Die Fallstudien verschaffen uns insofern durch dichte Beschreibung ein genaues Bild der Ausprägung spezifischer idealtypischer Elemente und ihrer jeweiligen Verbindung miteinander. Die Idealtypen geben uns Auskunft über Wirkungszusammenhänge allgemeiner Art.

Im dargestellten Sinn folgen wir einem praxeologischen Ansatz (Bourdieu 1972). Es wird die Logik einer je spezifischen politischen Praxis herausgearbeitet. In der Gestalt einer historisch-konkreten Praxis gilt es die hinter den Erscheinungen steckende, tiefergreifende Logik zu erkennen, in der sich Wirkungszusammenhänge zeigen, die über den Einzelfall hinausweisen. In den über mehrere Einzelfälle hinweg sich wiederholenden Praktiken zeigt sich die in einer Gesellschaft vorherrschende Praxis. In deren Logik sind wiederum Wirkungszusammenhänge enthalten, die bei gleichbleibenden Kräfteverhältnissen immer und überall auftreten. Bei unserem Verfahren stellt sich die Frage der Generalisierbarkeit der empirischen Beschreibungen nicht in der gewöhnlich diskutierten Form. Wir schließen nicht von der partikularen Vorstellungswelt partikularer Akteure und Gruppen auf eine akteurs- und gruppenübergreifende Nationalkultur, die der Differenzierung in ganz unterschiedliche ›Kulturen‹ nicht gerecht wird. Unsere Beschreibung des Policy-Prozesses der Luftreinhaltung gibt vielmehr eine Praxis wieder, die für die Akteure und Gruppen eine soziale Tatsache jenseits ihrer individuellen Wahrnehmungen und normativen Vorstellungen darstellt. Wir beschreiben außerdem nicht nur kulturelle Vorstellungen. In der Beschreibung der politischen Praxis laufen Handeln, Strukturen und Kulturen zusammen. Netzwerke, institutionelle Regeln, professionelle Gemeinschaften und politische Kulturen bilden den Bezugsrahmen, in dem sich die politische Praxis vollzieht. Netzwerke bestimmen die Chancensstruktur, die bestimmte Handlungen ausschließt und andere Handlungen ermöglicht, sie wirken einerseits als ein handlungsbegrenzender Rahmen (constraint), andererseits als eine handlungsermöglichende Ressource (empowerment) (Giddens 1984: 5-28, 297-304). Institutionelle Regeln bestimmen die Formen der Konfliktaustragung und der Einigung. Professionelle Gemeinschaften definieren die Situation, die anstehenden Probleme und möglichen Problemlösungen. Politische Kulturen liefern die Legitimations-

ideen für die ablaufende politische Praxis.

Netzwerke, institutionelle Regeln, professionelle Gemeinschaften und politische Kulturen geben der Praxis einerseits ihren Bezugsrahmen und werden andererseits in dieser Praxis fortlaufend reproduziert und transformiert. Den engen Zusammenhang dieser grundlegenden Aspekte der politischen Praxis untereinander und die Verschränkung von Kultur, Struktur und Handeln in der politischen Praxis sollen - methodisch gesehen - vor allem unsere Interviews maßgeblicher politischer Akteure erfassen. Weil die politische Praxis das gemeinsame *Feld* darstellt, in dem die Akteure ganz unterschiedlicher Herkunft, Vorstellungswelt und Präferenzskala zusammenhandeln müssen, denken wir beanspruchen zu können, eine für das Politikfeld der Luftreinhaltung verbindliche Aussage über das in diesem Feld gepflegte Politik- und Demokratiemodell machen zu können.

Die gewöhnlich gestellte Frage, ob es angesichts interner kultureller Heterogenität überhaupt ›Nationalkulturen‹ gibt, erübrigt sich bei diesem Ansatz. In der politischen Praxis wird nämlich auch die größtmögliche kulturelle Heterogenität auf das reduziert, was tatsächlich geschieht. Dazu gehört überdies auch, daß sich die politische Praxis in einem Land durch eine größere Heterogenität, größeren Antagonismus oder Pluralismus der einfließenden kulturellen Vorstellungen von den anderen Ländern unterscheiden kann und dadurch wiederum ihr Charakter mit entsprechenden Wirkungszusammenhängen geprägt wird.

Es wäre allerdings naiv, wenn wir annähmen, daß die gegenwärtige politische Praxis ganz aus dem Augenblick verstanden werden kann. Jede Praxis hat ihre Geschichte. Das gilt insbesondere für die Legitimationsideen, die der Praxis zugrunde liegen und auf die zurückgegriffen wird, wenn sich die Akteure über den Sinn und Zweck ihres Tuns Gedanken machen, streiten und verständigen. Die Ideengeschichte dient als ein Reservoir, auf das in diesem Fall zurückgegriffen wird, je tiefer die Reflexion, der Streit bzw. die Verständigung reichen sollen. Dabei hat jedes Land eine eigene Tradition an mehr oder weniger nachhaltig wirkenden Beiträgen zu dieser Ideengeschichte. Zusätzlich existieren Verbindungslinien und Diskussionsstränge *zwischen* den Traditionen, die wiederum auf die Weiterführung der einzelnen Traditionen einwirken. Wegen der besonderen Verdichtung von Diskussionen und politischer Praxis in den einzelnen Ländern, die weit über die Diskussionszusammenhänge *zwischen* ihnen hinausgeht, kann angenommen werden, daß sich die Traditionen selbst angesichts ihres überkreuzenden Diskussionszusammenhangs nicht so reproduzieren, daß sie ihren Charakter

völlig abstreifen und unidentifizierbar werden. Das gilt vor allem in der Hinsicht, daß die unterschiedliche politische Praxis den mit ihr korrespondierenden Beiträgen der Ideengeschichte besonders gute Überlebensbedingungen gewährt und gleichzeitig durch diese Beiträge legitimiert wird. Beide Seiten stehen gewissermaßen in einem einander gegenseitig stabilisierenden symbiotischen Verhältnis zueinander. Deshalb erwarten wir, daß wir unser Verständnis der empirisch ermittelten Praxis vertiefen können, indem wir sie aus der Sicht von historisch richtungsweisenden Beiträgen zur politischen Philosophie des jeweiligen Landes zusätzlich beleuchten. Wir erreichen dadurch diejenige Tiefenstruktur der Praxis, die uns erlaubt, grundsätzlichere Fragen in bezug auf die Fähigkeit zur Konfliktverarbeitung, Konsensbildung, sozialen Integration und Zukunftsgestaltung im Vergleich der Länder stellen und beantworten zu können. Dazu gehört auch die Reflexion auf den Wandel der politischen Praxis, der sich einerseits aus der Veränderung der gesellschaftlichen Randbedingungen der Politik und andererseits aus dem politischen Lernen eines Landes mit Blick auf die anderen politischen Kulturen ergibt. Solche Einsichten liefern uns weder die reine Konstruktion von Idealtypen, noch das Versinken in dichten Beschreibungen, sondern erst ihre konstruktive Verbindung in idealtypisch geleiteten empirischen Beschreibungen und empirisch gesättigten Interpretationen, die auf grundsätzliche Fragen zielen.

Schauen wir über das hier untersuchte Politikfeld der Luftreinhaltung hinaus, dann ist die Annahme sicherlich nicht überzogen, daß die Praktiken anderer Politikfelder nicht vollkommen anders aussehen können, weil sie ja zumindest zu einem erheblichen Teil unter strukturellen und kulturellen Rahmenbedingungen stattfinden, die sie mit der Praxis der Luftreinhaltung teilen. Natürlich existieren in jedem Politikfeld nochmals Sonderbedingungen, die zu Abweichungen voneinander führen. Die gemeinsamen kulturellen und strukturellen Rahmenbedingungen halten jedoch diese Abweichungen so weit in Grenzen, daß die Praktiken der verschiedenen Politikfelder in einem Land eine größere Nähe zueinander als zu den Politikfeldern anderer Länder aufweisen. Gewiß gibt es über die Ländergrenzen hinweg auch einen Angleichungsdruck aus der Sache selbst und aufgrund länderübergreifender Konsultationen. Im Rahmen der Europäischen Union geht diese Angleichung wegen der zunehmenden gemeinsamen europäischen Regulierung in einem Politikfeld sogar noch weiter und tiefer. Das kann gerade im Bereich der Luftreinhaltung festgestellt werden. Unsere Länderstudien zeigen aber auch, daß selbst die gemeinsame europäische

Regulierung die eingelebte politische Praxis in den einzelnen Ländern zwar einem Lernprozeß unterwirft (Héritier 1996), aber in ihrem typischen Charakter nicht zum völligen Verschwinden bringt (Majone 1996). Angleichungen erfassen oft nur die Oberfläche von Regulierungsinstrumenten, aber schon nicht mehr die dahinter stehende Regulierungsphilosophie und auch die Regulierungspraxis nur in dem Sinne, daß sich diese unter den veränderten Bedingungen erneuern muß. Diese Erneuerung der Regulierungspraxis geschieht natürlicherweise nicht in Gestalt ihrer Ersetzung durch eine europaweit gleiche Praxis, sondern in Gestalt einer Reproduktion der landesspezifischen Praxis unter veränderten Bedingungen. Allein schon die Tatsache, daß die Umsetzung von EU-Recht ganz in den Händen der Verwaltungen der Mitgliedsländer liegt, impliziert zwangsläufig die Einarbeitung des EU-Rechts in die landesspezifische Praxis. Das heißt keineswegs, daß sich an dieser Praxis nichts ändert, aber immerhin, daß die Probleme und Dilemmata der landesspezifischen Politikpraxis auch im Rahmen der Europäischen Union weiter wirksam bleiben und der sorgfältigen Untersuchung bedürfen.

Auf einem anderen Blatt steht die Verlagerung des politischen Geschehens nach Brüssel und die sich dort entwickelnde Praxis selbst. Sie nährt die Tendenz zum Politikmodell der Verhandlungsdemokratie und damit die Annäherung an die amerikanische Praxis. Insofern bietet uns die amerikanische Wettbewerbsdemokratie Ansatzpunkte zum Verstehen der sich herausbildenden pluralistischen Verhandlungsdemokratie auf der europäischen Ebene. Die Öffnung der europäischen Politik für den Pluralismus der Interessen geschieht aber tendenziell unter dem Vorzeichen ungleicher Zugänge zu den Entscheidungszentren. So zeigt sich zwar in den kurzen Zyklen der alltäglichen Praxis eine deutliche Öffnung für sehr unterschiedliche Interessen. Die langen Zyklen der Grundsatzentscheidungen werden jedoch durch die kartellartige Zusammenarbeit der Europäischen Kommission mit den Regierungsvertretern und den Repräsentanten der langjährig etablierten und machtvollen Verbände bestimmt (Lahusen / Jauß 2000). Wie weit diese Entwicklung geht, welche Form sie annimmt und welche Probleme und Dilemmata sie zeitigt, untersuchen wir in einem Fortsetzungsprojekt, dessen Ergebnisse noch abgewartet werden müssen, bevor wir genaueres zu dieser Frage sagen können (vgl. Münch 1993b: 133-181; 1998: 325-344; Jauß/Lahusen1999).

Literaturverzeichnis

- Abbott, Andrew (1988), *The System of Profession. An Essay on the Division of Expert Labor*, Chicago.
- Ackerman, Bruce (1984), *The Storrs Lectures: Discovering the Constitution.*, *Yale Law Review* 93, S. 1013-1072.
- Ackerman, Bruce (1991), *We the People, Vol. 1: Foundations*, Cambridge, Mass.
- Adam, Georges (1982), *Les petites entreprises: un monde contrasté*, in: Jean-Daniel Reynaud und Yves Grafmeyer, *Français, qui êtes-vous?* Paris.
- Adams, W.P. (1973), *Republikanische Verfassung und bürgerliche Freiheit. Die Verfassungen und politischen Ideen der amerikanischen Revolution*, Neuwied.
- Ammon, Günther (1989) 1994 (2. Aufl.), *Der französische Wirtschaftsstil*, München.
- Aretz, Hans-Jürgen (1990), *Zwischen Kritik und Dogma. Der wissenschaftliche Diskurs*, Wiesbaden.
- Ashford, Douglas, E. (1981), *Policy and Politics in Britain. The Limits of Consensus*, Oxford.
- B**adie, Bertrand und Pierre Birnbaum (1983), *The Sociology of the State*, Chicago.
- Bagehot, Walter (1963), *The English Constitution*. Introduction by Richard Crossman, London.
- Baier, Lothar (1988), *Firma Frankreich. Eine Betriebsbesichtigung*, Berlin.
- Baudrillard, Jean (1981), *Simulacres et simulation*, Paris.
- Beck, Ulrich (1986), *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (1993), *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt a.M.
- Bellah, Robert N., Richard Madsen, William M. Sullivan, Ann Swidler und Steven M. Tipton (1985), *Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life*, Berkeley.
- Bellamy, Richard (Hg.) (1990), *Victorian Liberalism: Nineteenth Century Political Thought and Practice*, London.

- Bellamy, Richard (1992), *Liberalism and Modern Society*, Cambridge.
- Bentham, Jeremy (1789) (1970), *An Introduction to the Principles of Morals and Legislation*, hg. von J.H. Burns und H.L.A. Hart. London.
- Benz, Arthur (1993), *Commentary on O'Toole and Scharpf: The Network Concept as a Theoretical Approach*, in: Scharpf, F. W. (ed.), *Games and Hierarchies and Networks. Analytical and Empirical Approaches to the Study of Governance Institutions*, Frankfurt, S. 167-175.
- Berg-Schlosser, Dirk / Giegel, Hans- Joachim (Hg.) (1999), *Perspektiven der Demokratie. Probleme und Chancen im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt.
- Bergsdorf, Wolfgang (1988), *Über die Macht der Kultur. Kommunikation als Gebot der Politik*, Stuttgart.
- Bering, Dietz (1978), *Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes*, Stuttgart.
- Berry, Jeffrey M. (1977), *Lobbying for the People: the Political Behavior of Public Interest Groups*, Princeton.
- Berry, Jeffrey M. (1984), *The Interest Group Society*, Boston.
- Böckenförde, Ernst W. (1991), *Recht, Staat, Freiheit*, Frankfurt a.M.
- Boehmer-Christiansen, Sonja und Jim Skea (1991), *Acid Politics. Environmental and Energy Policies in Britain and Germany*, London.
- Bohne, Eberhard (1981), *Der informale Rechtsstaat. Eine empirische Untersuchung zum Gesetzesvollzug unter besonderer Berücksichtigung des Immissionsschutzes*, Berlin.
- Bornstein, Stephen E. (1994), *The Politics of Scandal*, in: Peter A. Hall, Jack Hayward und Howard Machin (Hg.), *Developments in French Politics*, Houndsmills-Basingstoke-London.
- Bourdieu, Pierre (1972), *Esquisse d'une théorie de la pratique, précédé de trois études d'ethnologie kabyle*, Genève.
- Bourdieu, Pierre (1981), *La représentation politique. Eléments pour une théorie du champ politique.*, Actes de la recherche en sciences sociales 36/37, S. 2-24.
- Bourdieu, Pierre (1982), *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt a.M. (Französisches Original: 1979. *La distinction. Critique social du jugement*, Paris).
- Bourdieu, Pierre (1984), *Homo academicus*, Paris.
- Bourdieu, Pierre (1986), *Three Forms of Capital*, in: John G. Richardson (Hg.), *Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education*, New York, S. 241-258.
- Bourdieu, Pierre (1989), *La noblesse d'état: grandes écoles et esprit de corps*, Paris.
- Bourdieu, Pierre (1992), *Les règles de l'art*, Paris.
- Bryner, Gary C. (1995), *Blue Skies, Green politics. The Clean Air Act of 1990 and Its Implementation*, Washington D.C.
- Bourjot, Maurice (1969), *Les institutions régionales de 1789 à nos jours*, Paris.
- Bowles, Nigel (1993), *The Government and Politics of the United States*, Houndsmills, Basingstoke und London.
- Brand, Karl-Werner/Eder, Klaus/Poferl, Angelika (1997), *Ökologische Kommunikation in Deutschland*, Opladen.
- Braudel, Fernand (1989), *Frankreich. 1. Raum und Geschichte*, Stuttgart (franz. Original: *L'identité de la France. Espace et histoire*, Paris 1986).
- Brickman, Ronald, Sheila Jasanoff und Thomas Ilgen (1985), *Controlling Chemicals. The Politics of Regulation in Europe and the United States*, Ithaca-London.
- Briggs, Asa (1954), *Victorian People*, London.
- Brunkhorst, Hauke (Hg.) (1998), *Demokratischer Experimentalismus. Politik in der komplexen Gesellschaft*, Frankfurt.
- Burke, Edmund (1775) (1897), *Burke's Speech on Conciliation with America*, hg. von H. Lamont, Boston.
- Burmeister, Joachim H. (1990), *Akteneinsicht in Großbritannien*, in: Gerd Winter (Hg.), *Öffentlichkeit von Umweltinformation. Europäische und nordamerikanische Rechte und Erfahrungen*, Baden-Baden, S. 211-248.
- Butt, Ronald (1969), *The Power of Parliament*, 2. Aufl., London.
- Christmann, Gabriela B. (1992), *Über die Institutionalisierung und Verwissenschaftlichung des ökologischen Protests auf lokaler Ebene*, ZfU, S. 454-480.
- Clegg, Hugh (1976), *The System of Industrial Relations in Britain*, 3. Aufl.(1996), Oxford.
- Cohen, Elie (1992), *Le colbertisme high-tech* Paris.
- Collini, Stefan (1979), *Liberalism and Sociology: L.T. Hobhouse and Political Argument in England 1880-1914*, Cambridge.
- Collini, Stefan (1985), *The Idea of 'Character'*, in: *Victorian Political Thought. Transactions of the Royal Historical Society*, 5. Aufl.
- Collins, Randall (1990), *Changing conceptions in the sociology of the professions*, in: Torstendahl, R./Burrage, M. (ed.), *The Formation of Professions. Knowledge, State and Strategy*, London.
- Comte, Auguste (1970), *Catéchisme positiviste ou sommaire exposition de la religion universelle, en onze entretiens systématiques, entre une femme et un prêtre de l'humanité*, Paris: L'Auteur (1852), in: *Œuvres d'Auguste Comte*, Bd. 11. Paris.
- Crozier, Michel (1963), *Le phénomène bureaucratique*, Paris.
- Crozier, Michel (1970), *La société bloquée*, Paris.
- Daele, van den, Wolfgang (1996), *Objektives Wissen als politische Ressource: Experten und Gegenexperten im Diskurs.*, in: W. van den Daele und F. Neidhardt (Hg.), *Kommuni-*

- nikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren WZB-Jahrbuch 1996, Berlin, S. 297-326.
- Dahl, Robert A. (1967), *Pluralist Democracy in the United States*. Conflict and Consen., Chicago.
- Dahrendorf, Ralf (1965), *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München.
- Dahrendorf, Ralf (1971), *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München.
- Debray, Régis (1981), *Voltaire verhaftet man nicht. Die Intellektuellen und die Macht in Frankreich*, Köln-Lövenich.
- Decker, Frank (1994), *Umweltschutz und Staatsversagen. Eine materielle Regierbarkeitsanalyse*, Opladen.
- Descartes, René, (1637) (1963a), *Discours de la méthode*, in: René Descartes, *Œuvres philosophiques*, Bd. 1, Paris, S. 567-650.
- Descartes, René, (1963b), *Règles pour la direction de l'esprit*, in: *Œuvres philosophiques*, Bd. 1, hg. von F. Alquié, Paris, S. 67-204.
- Dewey, John (1927), *The Public and its Problems*, London.
- Department of the Environment (1991), *Air Pollution Control in Great Britain. Review and Proposals*, London.
- Department of the Environment. *Integrated Pollution Control. A Practical Guide*. London.
- Department of the Environment (1995), *Government White Paper: This Common Inheritance - 1995 Annual Report*, London.
- Department of the Environment (1996a), *Air Pollution Control, Pollution Paper No. 18*, London.
- Department of the Environment (1996b), *Implementation of the European Directive on Environmental Assessment. Consultation Paper*, London.
- DiMaggio, Paul. (1991), *Social Structure, Institutions, and Cultural Goods: The Case of the United States*, in: Pierre Bourdieu & James S. Coleman (Hg.), *Social Theory for a Changing Society*, Oxford, S. 133-155.
- Dubet, François und Didier Lapeyronnie (1994), *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*, Stuttgart.
- Dyson, Kenneth (1980), *The State in Western Europe. A Study of an Idea and Institution*, Oxford.
- Eckstein, Harry (1961), *A Theory of Stable Democracy*, Princeton.
- Eder, Klaus (1993), *The new Politics of Class. Social Movements and Cultural Dynamics in Advanced Societies*, London.
- Ellis, Richard J. (1993), *American Political Cultures*, New York.
- Ellul, Jacques (1964), *The Technological Society*, New York.
- Ewing, Keith D. und Conor A. Gearty (1990), *Freedom Under Thatcher*, Oxford.
- Fielden, K. (1968-69), *Samuel Smiles and Self-Help*. *Victorian Studies* 12, S. 155-172.
- Foley, Michael (1993), *The Rise of British Presidency*, Manchester.
- Foucault, Michel (1969), *L'archéologie du savoir*, Paris.
- Foucault, Michel (1971), *L'ordre du discours*, Paris.
- Foucault, Michel (1975), *Surveiller et punir. La naissance de la prison*, Paris.
- Frankel, E. (1976), *Corpuscular Optics and the Wave Theory of Light: The Science and Politics of a Revolution in Physics*. *Social Studies of Science* 6, S. 141-184.
- Führ, Christian (1985), *Gelehrter Schulmann - Oberlehrer - Studienrat. Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen*, Stuttgart.
- Freedon, M. (1978), *The New Liberalism: An Ideology of Social Reform*, Oxford.
- Geertz, Clifford (1973), *The Interpretation of Cultures*, New York.
- Gehlen, Arnold (1955), *Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt*, 5. Aufl., Bonn.
- Gehlen, Arnold (1956), *Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen*, Bonn.
- Gehlen, Arnold (1957), *Die Seele im technischen Zeitalter*, Hamburg.
- Gehlen, Arnold (1963), *Studien zur Anthropologie und Soziologie*. Neuwied-Berlin.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1998), *Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung*, Opladen.
- Giddens, Anthony (1984), *The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration*, Cambridge.
- Giddens, Anthony (1988), *Die Konstitution der Gesellschaft*, Frankfurt.
- Gillespie, Brendan / Dave, Eva und Ron Johnston (1979), *Carcinogenic Risk Assessment in the United States and Great Britain. The Case of Aldrin/Dieldrin*, *Social Studies of Science* 9, S. 265-301.
- Glucksmann, André (1977), *Les maîtres penseurs*, Paris.
- Göhler, Gerhard (Hg.) (1994a), *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*, Baden-Baden.
- Göhler, Gerhard (1994b), *Politische Institutionen und ihr Kontext. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Theorie politischer Institutionen*, in: Gerhard Göhler (Hg.), *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*, Baden-Baden, S. 19-46.
- Goodwin, R. Kenneth (1988), *One Billion Dollars of Influence: The Direct Marketing of Politics*, Catham, N.J.

- Gospel, Howard F. und Gill Palmer (1993), *British Industrial Relations*, 2. rev. Aufl., London.
- Graziani, Paul (1985), *Le nouveau pouvoir: essai sur la décentralisation*, Paris.
- Green, Thomas Hill (1883) (1929), *Prolegomena to Ethics*, Oxford.
- Green, Thomas Hill. (1886) (1986), *Lectures on the Principles of Political Obligation and Other Writings*, Cambridge.
- Greenstein, Fred (1990), *Leadership in the Modern Presidency*, Cambridge.
- Grémion, Pierre und Jean-Pierre Worms (1968), *Les institutions régionales et la société locale*, Paris.
- Grémion, Pierre (1976), *Le pouvoir périphérique. Bureaucrats et notables dans le système politique français*, Paris.
- Grimm, Dieter (1991), *The Modern State: Continental Traditions*, in: Franz-Xaver Kaufmann (Hg.), *The Public Sector - Challenge for Coordination and Learning*, Berlin.
- Gross, Peter (1994), *Die Multioptionengesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Guéhenno, Jean-Marie (1994), *Das Ende der Demokratie*, München / Zürich.
- Habermas, Jürgen (1969), *Technik und Wissenschaft als Ideologie*. Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1985), *Der philosophische Diskurs der Moderne*, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1992), *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1996), *Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt a.M.
- Harrington, James (1955), *The Political Writings*, New York.
- Hartz, Louis (1955), *The Liberal Tradition in America*, New York.
- Héritier, Adrienne (1993), *Policy-Netzwerkanalyse als Untersuchungsinstrument im europäischen Kontext: Folgerungen aus einer empirischen Studie regulativer Politik*, in Adrienne Héritier (Hg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, Opladen, S.432-
- Héritier, Adrienne (1994a), *Die Veränderung von Staatlichkeit in Europa. Ein regulativer Wettbewerb: Deutschland, Großbritannien und Frankreich in der Europäischen Union*, Opladen.
- Héritier, Adrienne, Susanne Mingers, Christoph Knill und Martina Becka (1994b), *Staatlichkeit in Europa: Ein regulativer Wettbewerb. Deutschland, Großbritannien und Frankreich in der Europäischen Union*. Opladen.
- Héritier, Adrienne (1997), *Umweltregulierung im Wandel. Regulierungsvielfalt und Möglichkeiten der Instrumentenwahl in der Europäischen Union*, in: Petra Hiller & Georg Krücken (Hg.), *Risiko und Regulierung. Soziologische Beiträge zu Technikkontrolle und präventiver Umweltpolitik*, Frankfurt a.M., S.176-94.

- Héritier, Adrienne, Knill, Christopher & Mingers, Susanne (1996), *Ringling the changes in Europe. Regulatory competition and the transformation of the State. Britain, France, Germany*. Berlin.
- Hesse, Hans Albrecht (1998), *Experte, Laie, Dilettant. Über Nutzen und Grenzen von Fachwissen*, Opladen.
- Hobhouse, Leonard T. (1911) (1964), *Liberalism*, London.
- Hume, David. (1748/51) (1962), *Enquiries Concerning the Human Understanding and Concerning the Principles of Morals*, hg. von L.A. Selby-Bigge, Oxford.
- Íltis, C. (1973), *The Leibnizian-Newtonian Debates: Natural Philosophy and Social Psychology*. *The British Journal for the History of Science* 6, Nr. 24, S. 343-377.
- Ingram, Helen M., David H. Colnic und Dean E. Mann (1995), *Interest Groups and Environmental Policy.*, in: James P. Lester (Hg.), *Environmental Politics and Policy. Theories and Evidence*, Durham/London, S. 115-145.
- Jacob, H. (1965), *Justice in America. Courts, Lawyers, and the Judicial Process*, Boston.
- Jänicke, Martin & Weidner, Helmut (Hg.) (1995), *Successful Environmental Policy. A Critical Evaluation of 24 Cases*, Berlin.
- Jänicke, Martin & Weidner, Helmut (Hg.) (1997a), *National Environmental Policies. A Comparative Study of Capacity-Building*, Berlin.
- Jänicke, Martin/Weidner, Helmut (1997b), *Germany*, in Martin Jänicke/Helmut Weidner (Hg.), *National Environmental Policies. A Comparative Study of Capacity-Building*, Berlin, S.133-56.
- Jänicke, Martin/Weidner, Helmut (1997c), *Zum aktuellen Stand der Umweltpolitik im internationalen Vergleich - Tendenzen zu einer globalen Konvergenz?*, *Politik und Zeitgeschichte*, 27, 15-24.
- Jänicke, Martin (1990), *Erfolgsbedingungen von Umweltpolitik im Internationalen Vergleich*, *Zeitschrift für Umweltpolitik*, (3), S.213-32.
- Jänicke, Martin (1986), *Staatsversagen. Die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft*. München.
- Jauß, Claudia (1999), *Politik als Verhandlungsmarathon. Immissionsschutz in der amerikanischen Wettbewerbsdemokratie*, Baden-Baden.
- Jenkins, Peter (1987), *Mrs. Thatcher's Revolution. The Ending of the Socialist Era*, Cambridge.
- Jessop, B. (1974), *Traditionalism, Conservatism and British Political Culture*, London.
- Joas, Hans (1997), *Die Entstehung der Werte*, Frankfurt a.M.
- Jones, G.W. (1965), *The Prime Minister's Power*. *Parliamentary Affairs* 18, S. 167-185.

- Kahn, P. W. (1989), Reason and Will in the Origins of American Constitutionalism, Yale Law Journal 98, S.449-517.
- Kant, Immanuel (1784)(1964a), Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: Immanuel Kant, Werke in sechs Bänden, Bd. VI, hg. von Wilhelm Weischedel, Frankfurt a.M.
- Kant, Immanuel (1788)(1956a), Kritik der praktischen Vernunft, in: Immanuel Kant, Werke in sechs Bänden, Bd. IV, hg. von Wilhelm Weischedel, Frankfurt a.M.
- Kant, Immanuel (1793)(18964b), Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis., in: Immanuel Kant, Werke in sechs Bänden, Bd. VI, hg. von Wilhelm Weischedel, Frankfurt a.M.
- Kant, Immanuel (1797)(1956b), Die Metaphysik der Sitten, in: Immanuel Kant, Werke in sechs Bänden, Bd. IV, hg. von Wilhelm Weischedel, Frankfurt a.M.
- Kavanagh, Dennis (1971), The Referential English: A Comparative Critique, in: Government and Opposition, S. 333-360.
- Kavanagh, Dennis (1985), British Politics: Continuities and Change, Oxford.
- Kavanagh, Dennis (1987), Thatcherism and British Politics. The End of Consensus?, Oxford.
- Keck, Otto (1993), Information, Macht und gesellschaftliche Rationalität, Baden-Baden.
- Kepel, Gilles (1987) Les banlieues de l'Islam, Paris.
- Kepel, Gilles (1994), A l'ouest d'Allah, Paris.
- Kiersch, Gerhard/Sabine von Oppeln (1983), Kernenergiekonflikt in Frankreich und Deutschland, Berlin.
- Kimmel, Adolf (1991), Innenpolitische Entwicklungen und Probleme in Frankreich, Aus Politik und Zeitgeschichte, B47-48, S. 3-15.
- King, Desmond (1993), Government Beyond Whitehall, in: Patrick Dunleavy, Andrew Gamble, Ian Holliday und Gilian Peele (Hg.), Developments in British Politics, London.
- Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.) (1997), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Baden-Baden.
- Knill, Christoph (1995), Staatlichkeit im Wandel. Großbritannien im Spannungsfeld innenpolitischer Reformen und europäischer Integration, Wiesbaden.
- Knoepfel, Peter/Helmut Weidner (1980), Normbildung und Implementation: Interessenberücksichtigungsmuster in Programmstrukturen von Luftreinhaltepolitiken, in: Renate Mayntz (Hg.). Implementation politischer Programme, Königstein/Ts.
- Knoepfel, Peter/Weidner, Helmut (1983), Die Durchsetzbarkeit planerischer Ziele auf dem gebiet der Luftreinhaltung aus der Sicht der Politikwissenschaft. Ergebnisse einer internationalen Vergleichsuntersuchung, ZfU S. 87ff.
- Knoepfel, Peter/Helmut Weidner (1985), Luftreinhaltepolitik (stationäre Quellen) im internationalen Vergleich, Bd. 4: Frankreich, Berlin.
- Kraft, Michael E. (1995), Congress and Environmental Policy., in: James P. Lester (Hg.), Environmental Politics and Policy. Theories and Evidence, Durham und London.
- KRD (Kommission zur Reinhaltung der Luft) (1994), Tätigkeitsbericht.
- Krönig, Jürgen (1997a). Schwindelgefühle in Swinging Britain. Die Tories haben das Land modernisiert, Labour verspricht eine neue Moral. DIE ZEIT, Nr. 17, 18. April 1997, S. 9-10.
- Krönig, Jürgen (1997b), Der neue Zuchtmeister. DIE ZEIT, Nr. 29, 11. Juli 1997, S. 4.
- Kuhn, Thomas, S. (1962), The Structure of Scientific Revolutions, Chicago.
- Kukawka, Pierre (1993), Dezentralisierung in Frankreich: Bilanz und Perspektiven, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32, S. 17-23.
- Kunig, Philip (1986), Das Rechtsstaatsprinzip, Tübingen.
- Lahusen, Christian (1996), 'Interest Group Politics'? Eine ländervergleichende Studie zur verbandlichen Arbeit sozialer Bewegungsorganisationen, Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 9(3) 28-38.
- Lahusen, Christian/Jauß, Claudia (2001), Lobbying als Beruf. Interessengruppen in der Europäischen Union, Baden-Baden.
- Lascoues, Pierre (1994), L'Éco-pouvoir. Environnement et Politique, Paris.
- Laski, Harold (1938) Parliamentary Government in England, London.
- Latour, Bruno (1984), Les microbes: guerre et paix suivies d'irrédutions, Paris.
- Laumann, Edward O./Knoke, David (1989), Policy Networks of the Organizational State: Collective Action in the National Energy and Health Domains, in: Robert Perrucci/Harry R. Potter (Hg.), Networks of Power. Organizational Actors at the National, Corporate, and Community Levels, New York, S.17-55.
- Laut, Hans-Joachim/Liebert, Ulrike (Hg.) (1999), Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich, Opladen.
- Lehmbruch, Gerhard/Philippe Schmitter (Hg.) (1982), Patterns of Corporatist Policy-Making, London.
- Lehmbruch, Gerhard (1967), Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen.
- Lévy, Bernard-Henri (1977), La barbarie à visage humain, Paris.
- Lijphart, A. (1968), The Politics of Accommodation - Pluralism and Democracy in the Netherlands, Berkeley.
- Little, David (1969), Religion, Order, and Law. A Study in Prerevolutionary England, Oxford.

- Locke, John (1690) (1963), *Two Treatises on Government*, in: *The Works*. Bd. 5, Aalen.
- Luhmann, Niklas (1981), *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München/Wien.
- Luhmann, Niklas (1984), *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas (1986), *Ökologische Kommunikation*, Opladen.
- Luhmann, Niklas (1989), *Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag*, *Politische Vierteljahresschrift* 30, S. 4-9.
- Luhmann, Niklas (1997), *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 2 Bde. Frankfurt a.M.
- MacIntyre, Alasdair (1987), *Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart*, Frankfurt a.M./New York.
- Mackintosh, John (1977), *The British Cabinet*, London.
- Madison, James (1787/88) (1961), *Federalist No. 10.*, in: Alexander Hamilton, James Madison und John Jay. *The Federalist Papers*, hg. von C. Rossiter, New York, S. 77-84.
- Mai, M. (1994), *Die technologische Provokation. Beiträge zur Technikbewertung in Politik und Wirtschaft*, Berlin.
- Majone, Giandomenico (1996), *Regulatory legitimacy*, in: Giandomenico Majone (Hg.), *Regulating Europe*, London, S.284-301.
- March, James G. / Olsen, Johan P. (1989), *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*, London.
- Maynard, Douglas N. (1984), *Inside Plea Bargaining. The Language of Negotiation*, New York.
- Mayntz, Renate (Hg.) (1992), *Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl*, Gütersloh.
- Mayntz, Renate (1987), *Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme - Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma*, in: Thomas Ellwein, Joachim Jens Hesse, Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Hg.), *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft*.
- McCrea, Frances B. und Gerald E. Markle (1984), *The Extrogen Replacement Controversy in the USA and UK: Different Answers to the Same Question?*, *Social Studies of Science* 14, S. 1-26.
- McDonald, Forrest (1985), *Novus Ordo Seclorum: The Intellectual Origins of the Constitution*, Lawrence.
- McFarland, Andrew W. (1976), *Public Interest Lobbys*, Washington, D.C.
- McFarland, Andrew W. (1984), *Common Cause: Lobbying in the Public Interest*, Catham.
- McSpadden, Lettie (1995), *The Courts and Environmental Policy.*, in: James P. Lester (Hg.), *Environmental Politics and Policy. Theories and Evidence*, Durham und London.
- Meier, Kenneth J. (1985), *Regulation. Politics, Bureaucracy and Economics*, New York.
- Mendras, Henri und Alistaire Cole (1991), *Social Change in Modern France*, Cambridge (franz. Original: *La Seconde Révolution française*, Paris, 1988).
- Meyer, John W. und Rowan, Brian (1983), *Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony*, in: John W. Meyer & W. Richard Scott (Hg.), *Organizational Environments. Ritual and Rationality* (S. 21-44), London.
- Michelman, Frank I. (1986), *The Supreme Court 1985 Term, Foreword*. *Harvard Law Review* 100, S. 4-77.
- Michelman, Frank I. (1988), *Law's Republic*. *The Yale Law Journal* 97, S. 1493-1537.
- Michelman, Frank I. (1989), *Conceptions of Democracy in American Constitutional Argument: Voting Rights.*, *Florida Law Review* 41, S. 443-490.
- Mill, John Stuart (1977), *Essays on Politics and Society. Collected Works*, Bd. 18 und 19, London.
- Miller, Arthur (1953)(1968), *The Crucible. A Play in Four Acts*, Harmondsworth.
- Miller, Perry (1956), *Errand into the Wilderness*, Cambridge, Mass.
- Miller, Perry (1962), *The Legal Mind in America*. Garden City, New York.
- Moore, David C. (1976), *The Politics of Deference*, Hassocks.
- Moore, Gwen und J. Allen Whitt (Hg.) (1992), *The Political Consequences of Networks*, Greenwich, Conn.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (1990) *Dezentralisierung in Frankreich - Ein innenpolitischer Neuanfang*, in: *Die Verwaltung* 23 (1990), S. 49-82.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (1991), *Ein föderalistisches Europa? Zur Debatte über die Föderalisierung und Regionalisierung der zukünftigen Europäischen Politischen Union.*, aus *Politik und Zeitgeschichte*, B 45, S. 13-25.
- Münch, Richard (1982) (1988), *Theorie des Handelns*, Frankfurt a.M.
- Münch, Richard (1992), *Autopoiesis by Definition*, *Cardozo Law Review*, S. 1463-71.
- Münch, Richard (1986) (1993a), *Die Kultur der Moderne*, 2 Bde, Frankfurt a.M.
- Münch, Richard (1993b), *Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Münch, Richard (1994), *Politik und Nichtpolitik. Politische Steuerung als schöpferischer Prozeß*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, S. 381-405.
- Münch, Richard (1995), *Dynamik der Kommunikationsgesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Münch, Richard (1996), *Risikopolitik*, Frankfurt a.M., S. 209-217.
- Münch, Richard (1998), *Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Nettl, John P. (1968), *The State as a Conceptual Variable*, *World Politics*, Nr. 7, S. 559-592.

- Neumann, Wolfgang/Henrik Uterwedde (1986), *Industriepolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich*, Opladen.
- Neustadt, Richard E. (1990), *Presidential Power and the Modern Presidents*, New York.
- O'Riordan, Timothy (1979), *The Role of Environmental Quality Objectives in the Politics of Pollution Control*, in: Timothy O'Riordan und Ralph D'Arge (Hg.), *Progress in Resource Management and Environmental Planning*, Vol. 1. Chichester.
- Offe, Claus (1987), *Die Staatstheorie auf der Suche nach ihrem Gegenstand. Beobachtungen zur aktuellen Diskussion*, in: Thomas Ellwein, Joachim Jens Hesse, Renate Mayntz & Fritz W. Scharpf (Hg.), *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft*.
- Offe, Claus (1975), *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt.
- Ostrom, Elinor (1989), *Institutionelle Arrangements und das Dilemma der Allmende*, in: Manfred Glagow, Helmut Willke und Helmut Wiesenthal (Hg.), *Gesellschaftliche Steuerungsrationalität und partikulare Handlungsstrategien*, Pfaffenweiler, S.199-234.
- Ostrom, Vincent (1985), *Multiorganizational Arrangements in the Governance of Unitary and Federal Political Systems*, in: Kenneth Hanf/Theo A. J. Toonen (Hg.), *Policy Implementation in Federal and Unitary Systems. Questions of Analysis and Design*, Dordrecht, S.1-16.
- O'Toole, Laurence J. (1993), *Multiorganizational Policy Implementation: Some Limitations and Possibilities for Rational-Choice Contributions*, in: Fritz W. Scharpf (Hg.), *Games in Hierarchies and Networks. Analytical and Empirical Approaches to the Study of Governance Institutions*, Frankfurt a.M., S.27-64.
- Parsons, Talcott (1969), *Politics and Social Structure*, New York.
- Parsons, Talcott (1971) *The System of Modern Societies*, Englewood Cliffs, N.J.
- Perkin, Harold (1969), *The Origins of Modern English Society 1780-1868*, London.
- Petracca, Mark P. (1992), *The Politics of Interest: Interest Groups Transformed*, Boulder, Col.
- Pickering, Andrew (1990), *The Role of Interests in High-Energy Physics: The Choice between Charm and Colour.*, in: K.D. Knorr, R. Krohn und R. Whiteley (Hg.), *The Social Process of Scientific Investigation. Sociology of the Sciences: A Yearbook 4*, S. 107-138.
- Pizzorno, Alessandro (1990), *On Rationality and Democratic Choice*, in: Pierre Birnbaum/Jean Leca (Hg.), *Individualism. Theories and Methods*, Oxford, S.295-331.
- Pizzorno, Alessandro (1993) *Le radici della politica assoluta*, Milano.
- Pocock, John G.A. (1975), *The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*, Princeton.
- Pocock, John G.A. (1981), *Virtues, Rights, and Manners. Political Theory 9*, S. 353-368.
- Prost, Antoine (1992), *Education. Société et politiques. Une histoire de l'enseignement en France, de 1945 à nos jours*, Paris.
- Pufendorf, Samuel von (1667) (1922), *Über die Verfassung des deutschen Reiches*, hg. von H. Breßlau, Berlin.
- Ramm, Thilo (Hg.) (1956), *Der Frühsozialismus. Ausgewählte Quellentexte*, Stuttgart.
- Rawls, John (1971), *A Theory of Justice*, Cambridge, Mass.
- Rawls, John (1993), *Political Liberalism*, New York.
- Rehmann-Sutter, Christoph/Vatter, Adrian/Seiler, Hansjörg (1998), *Partizipative Risikopolitik*, Opladen.
- Renan, Ernest (1947), *Qu'est-ce qu'une nation? Conférence faite en Sorbonne le 11 Mars 1882*, in: Ernest Renan. *Œuvres complètes*, Bd. 1, Paris, S. 887-906.
- Ricci, David M. (1993), *The Transformation of American Politics. The New Washington and the Rise of Think Tanks*, New Haven/London.
- Richardson, Jeremy J. (ed.) (1990), *Privatisation and Deregulation in Canada and Britain*, Aldershot.
- Richardson, Jeremy J./Gustafsson, Gunnel und Jordan, Grant (1991), *The Concept of Policy Style*, in: Jeremy Richardson (Hg.), *Policy Styles in Western Europe*, London, S. 1-16.
- Richter, Melvin (1964) (1983), *The Politics of Conscience. T.H. Green and his Age*, Lanham.
- Rose, Richard und Dennis Kavanagh (1976), *The Monarchy in Political Culture. Comparative Politics 7*, S. 548-576.
- Rothenberg, Lawrence S. (1992), *Linking Citizens to Government: Interest Group Politics at Common Cause*, New York.
- Rousseau, Jean-Jacques (1754) (1964b), *Discours sur l'origine et les fondements de l'inégalité*, in: *Œuvres complètes*, Bd. III, hg. von B. Gagnebin und M. Raymond, Paris, S. 109-237.
- Rousseau, Jean-Jacques (1762) (1964a), *Du contrat social ou principes du droit politique*, in: *Œuvres complètes*, Bd. III, hg. von B. Gagnebin und M. Raymond. Paris, S. 347-470.
- Royal Commission on Environmental Pollution (1988), *12th Report. Best Practicable Environmental Option*, London.
- Rucht, Dieter (1988), *Gegenöffentlichkeit und Gegenexperten. Zur Institutionalisierung des Widerspruchs in Politik und Recht*, *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 9(2) S.290-305.
- Rueschemeyer, Dietrich (1973), *Lawyers and Their Society. A Comparative Study of the Legal Profession in Germany and in the United States*, Cambridge, Mass.

- Rüchemeyer, Dietrich (1986), Comparing Legal Professions Cross-nationally: From a Professions-centered to a State-centered Approach. *Law and Social Inquiry, The Journal of the American Bar Foundation*, (3) S.415-46.
- Sabato, Larry J. (1984), *PAC Power: Inside the World of Political Action Committees*, New York.
- Saint-Simon, Claude-Henri de (1825) (1966), *Nouveau christianisme*, in: *Œuvres de Saint-Simon*, Paris, S. 99-192.
- Saint-Simon, Claude-Henri de (1865-1878), *Doctrine de Saint-Simon. Deuxième année*, in: *Œuvres de Saint-Simon et d'Enfantin*, Bd. 42. Paris, S. 149-432.
- Saint-Simon, Claude-Henri de (1924), *Doctrine de Saint-Simon. Première année*, hg. von C. Bouglé, E. Halévy, Paris.
- Salomon-Delatur, Gottfried (Hg.) (1962), *Die Lehre Saint-Simons*, Neuwied.
- Sandel, Michael (1982), *Liberalism and the Limits of Justice*, Cambridge.
- Sartre, Jean-Paul (1964), *Marxismus und Existenzialismus. Versuch einer Methodik*, Reinbek bei Hamburg.
- Scharpf, Fritz W. (Hg.) (1993), *Games in Hierarchies and Networks. Analytical and Empirical Approaches to the Study of Governance Institutions*, Frankfurt a.M.
- Scharpf, Fritz W. (1970), *Die politischen Kosten des Rechtsstaats*, Tübingen.
- Scharpf, Fritz W. (1989), *Politische Steuerung und politische Institutionen*. *Politische Vierteljahresschrift* 30, S. 10-21.
- Scharpf, Fritz W. (1991), *Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts*, *Politische Vierteljahresschrift* 32, S. 621-634.
- Scharpf, Fritz W. (1992), *Koordination durch Verhandlungssysteme: Analytische Konzepte und institutionelle Lösungen*, in: A. Benz, F.W. Scharpf und R. Zintl (Hg.), *Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen*, Frankfurt a.M.
- Scharpf, Fritz W. (1993), *Coordination in Hierarchies and Networks*, in: F.W. Scharpf (Hg.), *Games in Hierarchies and Networks. Analytical and Empirical Approaches to the Study of Governance Institutions*, Frankfurt a.M., S. 125-165.
- Scharpf, Fritz W. (1993), *Coordination in Hierarchies and Networks*, in: Fritz W. Scharpf (Hg.), *Games in Hierarchies and Networks. Analytical and Empirical Approaches to the Study of Governance Institutions*, Frankfurt a.M., S.125-165.
- Scharpf, Fritz W. (1993), *Games in Hierarchies and Networks: Introduction*, in: Fritz W. Scharpf (Hg.), *Games in Hierarchies and Networks. Analytical and Empirical Approaches to the Study of Governance Institutions*, Frankfurt a.M., S.7-23
- Schelsky, Helmut (1959), *Ortsbestimmung der deutschen Soziologie*, Düsseldorf.
- Schelsky, Helmut (1965), *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*, Düsseldorf.
- Scheuner, Ulrich (1956), *Begriff und Entwicklung des Rechtsstaats*, in: H. Dombos und E. Wilkens (Hg.), *Macht und Recht. Beiträge zur Lutherischen Staatslehre der Gegenwart*, Berlin.
- Schimank, Uwe (1992), *Steuerungstheorie als Akteurtheorie*, in: Heinrich Bußhoff (Hg.), *Politische Steuerung. Steuerbarkeit und Steuerungsfähigkeit. Beiträge zur Grundlagendiskussion*, Baden-Baden, S.165-92.
- Schlozman, Kay/Tierney, John (1986), *Organized Interests and American Democracy*, New York.
- Schluchter, Wolfgang (1972), *Aspekte bürokratischer Herrschaft*, München.
- Schmalz-Bruns, Rainer (1995), *Reflexive Demokratie*, Baden-Baden.
- Schmidt-Assmann, Eberhard (1987), *Der Rechtsstaat*, in: J. Isensee und P. Kirchhoff (Hg.), *Handbuch des Staatsrechts*, Bd. 1, Heidelberg.
- Schmitt, Karl (1991), *Die politischen Eliten der V. Republik: Beharrung und Wandel*, aus *Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 47-48, S. 26-36.
- Schnabel, Fritz (1979), *Politik ohne Politiker*, in: Wollmann (Hg.), *Politik im Dickicht der Bürokratie, Leviathan Sonderheft 3*, Opladen, S. 49-70.
- Schonfield, W.R. (1976), *Obedience and Revolt: French Behavior Toward Authority*, Beverly Hills.
- Schulze-Fielitz, Helmuth/Gößwein, Christoph (1997), *Bundesgesetzgebung als Prozeß*, aus *Politik und Zeitgeschichte* Bd. 36-37, S. 18-26.
- Schumann, Karl F. (1977), *Der Handel mit Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.
- Scott, W. Richard/Meyer, John W. (1991), *The Organization of Societal Sectors: Propositions and Early Evidence*, in: Walter W. Powell und Paul J. DiMaggio (Hg.), *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago, S.108-40.
- Shils, Edward A. (1956), *The Torment of Secrecy*, Glencoe, Ill.
- Simmel, Georg (1996), *Hauptprobleme der Philosophie. Philosophische Kultur. Gesamtausgabe*, Bd. 14, Frankfurt a.M.
- Smiles, Samuel (1925), *Self-Help, with Illustrations of Conduct and Perseverance*, London.
- Smith, Adam (1759/1966), *The Theory of Moral Sentiments*, New York.
- Smith, Adam. (1776/1937), *The Wealth of Nations*, New York.
- Smith, Steven S./Deering, Christopher J. (1984), *Committees in Congress. Congressional Quarterly*, Washington, D.C., S. 125-165.
- Sorauf, Frank (1988), *Money in American Elections*, Boston.
- Spencer, Herbert (1897-1906/1975), *The Principles of Sociology*, Bd. I-III, Westport/ Connecticut.
- Stark, Carsten (1998), *Die blockierte Demokratie. Kulturelle Grenzen der Politik im deutschen Immissionsschutz*, Baden- Baden.

- Statistisches Bundesamt (1997), Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart.
- Stein, E. (1964), Der Mensch in der pluralistischen Demokratie. Die Freiheitsrechte in Großbritannien, Frankfurt.
- Stein, Tine (1998), Demokratie und Verfassung an den Grenzen des Wachstums. Zur Ökologischen Kritik und Reform des demokratischen Verfassungsstaates, Opladen.
- Stevens, Anne (1992), The Government and Politics of France, Houndsmills/Basingstoke/London.
- Streeck, Wolfgang/Schmitter, Philipp C. (Hg.) (1985), Private Interest Government. Beyond Market and State, London.
- Street, Harry (1973), Freedom, the Individual and the Law, Harmondsworth.
- Suleiman, Ezra N. (1974), Power and Bureaucracy in France. The Administrative Elite, Princeton, N.J.
- Suleiman, Ezra N. (1978), Elites in French Society. The Politics of Survival, Princeton, N.J.
- Suleiman, Ezra N. (1987), Private Power and Centralization in France. The Notaires and the State, Princeton, N.J.
- Sunstein, Cass R. (1985), Interest Groups in American Public Law. Stanford Law Review 38, S. 29-87.
- Sunstein, Cass R. (1990), After the Rights Revolution. Reconceiving the Regulatory State, Cambridge, Mass.
- Taylor, Charles (1988), Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus, Frankfurt a.M.
- Teubner, Gunther/Willke, Helmut (1984), Kontext und Autonomie: Gesellschaftliche Selbststeuerung durch reflexives Recht, Zeitschrift für Rechtssoziologie, 1, S.4-35.
- Thomasius, Christian (1710) (1971), Kurzer Entwurf der politischen Klugheit, sich selbst und andern in allen menschlichen Gesellschaften wohl zu raten und zu einer gescheiten Conduite zu gelangen, Frankfurt a.M.
- Thunert, Martin (1996), Regieren als permanente Kampagne. Stil, Strategien und Inhalte der amerikanischen Innenpolitik unter Präsident Clinton., Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd.43, S. 14-24.
- Tocqueville, Alexis de (1835/40) (1976), Über die Demokratie in Amerika, München (franz. Original: De la démocratie en Amérique. Paris: Gallimard, 1951).
- Tocqueville, Alexis de (1969), Der alte Staat und die Revolution, Reinbek bei Hamburg (franz. Original: L'Ancien Régime et la Révolution, Paris 1856).
- Toonen, Theo A. J. (1985), Implementation Research and Institutional Design: The Quest for Structure, in: Kenneth Hanf/ Toonen, Theo A. J. (Hg.), Policy Implementation in Federal and Unitary Systems. Questions of Analysis and Design, Dordrecht, S.335-54.
- Übersohn, Gerhard (1990), Effektive Umweltpolitik. Folgerungen aus der Implementations- und Evaluationsforschung, Frankfurt a.M.
- USEPA (1994), The New generation of Environmental Protection. A Summary of EPA's Five-Year Strategic Plan, Washington D.C., EPA 200-2-94-001.
- Vogel, David (1983), Cooperative regulation. Environmental Protection in Britain. Public Interest 72, S.88-106.
- Vogel, David (1986), National Styles of Regulation. Environmental Policy in Great Britain and the United States, Ithaca.
- Waarden, Frans van. (1992a), Dimensions and Types of Policy Networks. European Journal of Political Research, 21, S. 29-52.
- Walzer, Michael (1996), Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Frankfurt a.M.
- Wapshot, N./Brock G. (1983), Thatcherism, London.
- Weber, Max (1971), Gesammelte politische Schriften, 3. Aufl. Tübingen.
- Weber, Max (1972), Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen.
- Weber, Max (1973), Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 4. Aufl. Tübingen.
- Weidner, Helmut (1987), Clean Air Policy in Great Britain. Problem Shifting as Best Practicable Means, Berlin.
- Wessels, Wolfgang (1994), Institutionen der Europäischen Union: Langzeittrends und Leitideen, in: Gerhard Göhler (Hg.), Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S.301-30.
- Willke, Helmut (1987), Strategien der Intervention in autonome Systeme, in: Baecker, D. u.a. (Hg.), Theorie als Passion, Frankfurt a.M., S. 333-361.
- Willke, Helmut (1992), Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Willke, Helmut (1997), Supervision des Staates, Frankfurt a.M.
- Wilson, James Q. (1997), Moral Judgment. Does the Abuse Excuse Threaten Our Legal System?, New York.
- Windhoff-Héritier, Adrienne (1987), Policy Analyse. Eine Einführung, Frankfurt a.M.
- Winthrop, John (1963), A Model of Christian Charity, in: Perry Miller und Thomas Johnson. (Hg.), The Puritans, New York, S. 195.
- Wolf, Rainer (1988), 'Herrschaft kraft Wissen' in der Risikogesellschaft, Soziale Welt, 39(2), S.164-87.
- Wolfe, Willard (1975), From Radicalism to Socialism. Men and Ideas in the Formation of Fabian Socialist Doctrines, 1881-1889, New Haven/London.

- Wolff, C. (1736) (1975), Vernünftige Gedanken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen und Insonderheit dem gemeinen Wesen, in: Gesammelte Werke, Abt. 1, Deutsche Schriften, Bd. 3, hg. von J. Ecole, Hildensheim.
- Wood, Gordon S. (1989), The Creation of the American Republic, 1776-1787, Chapel Hill.
- Worms, Jean-Pierre (1966), Le préfet et ses notables, in: Sociologie du travail 8 (1966) 3, S. 249-275.
- Wynne, B. (1976), C.G. Barkla and the J-Phenomenon: A Case Study on the Treatment of Deviance in Physics., Social Studies of Science 6, S. 307-347.
- Wynne, B. (1979), Between Orthodoxy and Oblivion: The Normalization of Deviance in Science., in: R. Wallis (Hg.), On the Margins of Science: The Social Construction of Rejected Knowledge, Keele/Staffordshire, S. 67-84.
- ZA 1795, Allbus (1980-94), Primärforscher ZA und ZUMA, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln.
- Zilleßen, Horst/Barbian, Thomas (1992), Neue Formen der Konfliktregelung in der Umweltpolitik, Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd.39/40, S.14-23.
- Zintl, Reinhard (1992), Kooperation und Aufteilung des Kooperationsgewinns bei horizontaler Politikverflechtung, in: Arthur Benz, Fritz W. Scharpf und Reinhard Zintl (Hg.), Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen, Frankfurt a.M., S.97-146.
- Zola, Emile (1898), J'accuse, L'Aurore vom 13. Januar 1898.
- Zürn, Michael (1992), Interessen und Institutionen in der internationalen Politik. Grundlegung und Anwendung des situationsstrukturellen Ansatzes, Opladen.